

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

5. Woche für die Zeit vom 29. Januar bis 4. Februar 1898.

Posen, 7. Februar 1898.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 21 des Kuryer Poznański
vom 27. Januar 1898:

Zu Kaisers Geburtstag.

Es giebt Augenblicke großer Leiden: einen solchen hat uns das neue Jahr gebracht. Schwer verwundete Herzen können sich nicht freuen — und doch wehrt der Glaube auch in den schwersten Leiden dem Gefühl der Erbitterung den Zutritt zum Herzen, er lehrt, Gott zu geben, was Gottes und dem Kaiser, was des Kaisers ist. Nicht in der niedrigen, gedankenlosen Ergebenheit der Sklaven, sondern in einem höheren, dem christlichen Gefühl, erinnern wir uns am heutigen Tage unserer Pflichten dem Monarchen gegenüber und beten zu Gott, Er möge uns Gelegenheit geben, zu zeigen, daß diejenigen, die bestrebt sind, einen Abgrund zwischen dem Monarchen und uns, Seinen Unterthanen, zu graben, in selbstfüchtiger Verblendung zum Nachtheil des Monarchen und des ganzen Landes arbeiten, und daß wir, die wir mit Verdächtigungen und Verleumdungen beworfen werden, gegen die mit einer bisher in der Geschichte beispiellosen Methode der Unwahrheit gekämpft wird, treu in der Erfüllung unserer Pflichten dem Monarchen gegenüber geblieben sind, indem wir Ihm gegenüber die schuldigen Gefühle hegen und Segenswünsche vor Gottes Thron tragen.

Aus Nr. 20 des Oredownik
vom 26. Januar 1898:

Die Volkspartei

ist, wie der Oredownik behauptet, für die in der Posener Wählerversammlung gefaßten Beschlüsse nicht verantwortlich zu machen, da die Einberufung von dem hosparteilichen Komitee ausgegangen sei. Um das gegenseitige Verhältniß der beiden Komitees aufzuklären, schreibt das Blatt:

„Die Nothwendigkeit, in Sachen der Marine eine Versammlung einzuberufen, hing in Posen in der Luft, und mit der Veranstaltung einer solchen in der bekannten Form befaßte sich das sogenannte Komitee der Hospartei. Dasselbe erledigt auch weiterhin die mit jener Versammlung verknüpften Angelegenheiten selbständig, ohne mit dem Wahlkomitee der Volkspartei in Verbindung zu treten.

Von irgendwelcher Nachgiebigkeit des hosparteilichen Komitees demjenigen der Volkspartei gegenüber kann nicht die Rede sein.

Daß das Komitee der Hospartei eine so deutliche, so politisch kluge und so polnische Haltung eingenommen hat, das muß man sich aus den Umgestaltungen erklären, die das Komitee seit einigen Jahren erfahren hat, und eben diese Umgestaltungen verdienen, daß sich die breitere Oeffentlichkeit dafür interessiert.

Das ursprüngliche Komitee der Hospartei ist im Jahre 1893 gewählt worden, nicht seitens der Gesamtheit, sondern von der Hospartei unter Protest seitens der Volksbewegung. Das Zentral-Wahlkomitee hat ihm rechtswidrig die Sanktion als legales Komitee erteilt. An die Spitze dieses eigenmächtigen Komitees wurde der Bankdirektor Dr. Ruztelan gestellt, damit die hohe Finanz dem Komitee Glanz und Reiz verleihe. In diesem Komitee gab es wenig Leute mit politischer Ueberzeugung, und in dem ganzen großen Streit zwischen Hospartei und Volksbewegung hat dies Komitee die Rolle eines gewöhnlichen Mohren gespielt. Ob die Mitglieder sich dessen bewußt waren oder nicht, ist fraglich, genug, zunächst trat aus demselben der Bankdirektor aus, und nach ihm that dies Einer nach dem Andern. Der verstorbene Dobrowolski, ein getreuer Diener sowohl des Adels, als auch der Führer der Hospartei, vervollständigte das Komitee, wie er es vermochte, nach den üblichen Praktiken. Letztere waren in Posen bekannt, und die Herren Aktionäre des Dziennik Poznański haben diesem ihren getreuen Diener großes Unrecht gethan, daß sie nach seinem Tode abdruckten, er habe ein Defizit von 7000 Mark hinterlassen. Sie hätten nachfragen müssen, was er außerdem mehr ausgegeben hat, um unter dem Posener Bürgerthum politische Mohren ausfindig zu machen.

Im Jahre 1895 waren im Komitee der Hospartei fast durchweg neue Leute und unausgesezt wechselten darin die Personen. Die Volkspartei behielt diese Umgestaltungen sorglich im Auge. Mit der Zeit begannen jedoch Leute in das Komitee einzutreten, welche daselbst nicht als politische Mohren Platz nehmen wollten, sondern als Bürger von Charakter. Als die Marineangelegenheit auftauchte, warfen diese mit politischem Charakter begabten Leute die Wree der Hospartei ab und beriefen unter der Losung „bürgerliche Selbständigkeit“ eine Versammlung ein.

Anhänger der Volkspartei fanden sich selbstverständlich in dieser Versammlung ein, um Jenen zu Hilfe zu kommen. Die Sache kam in ziemlich primitiver Form zu Stande und zeitigte einen nicht zu verachtenden Effekt. Man kann sich vorstellen,

welche Rolle die Bürgerschaft von Posen spielen könnte, wenn sie aus ihrer Mitte diejenigen Elemente ausmerzte, welche sich lediglich zu politischen Mohren qualifiziren.

Auf die hiesige Hoppartei haben die Versammlung bei Lambert und die daselbst gefasste Resolution einen geradezu zersplitternden Eindruck gemacht. Diese Partei hat in ihrem Komitee stets nur einen politischen Mohren erblickt, ohne sich überhaupt die Mühe zu machen, sich dies Komitee näher daraufhin anzusehen, ob wirklich jedes Mitglied ein Mohr sei.

Aus Nr. 23 des Ogedownik
vom 29. Januar 1898:

Gegen die Posener Resolution und das dortige Wahlkomitee

richten nach Ansicht des Orendownik der Dziennik und Kurjer Poznanski eine gemeinsame Aktion, um den von der Wählerversammlung gefassten Beschluss abzuschwächen, ja, wenn möglich, umzustößen.

Diese Aktion sei von vornherein als verfehlt anzusehen. Man thue so, als ob es der Posener Versammlung darum zu thun gewesen wäre, die Solidarität in der polnischen Fraktion aufzuheben, während Niemand in Posen auch nur daran denke. Die politisch denkenden Teilnehmer an der Posener Versammlung erachteten die Solidarität der polnischen Fraktion als eine Nothwendigkeit, denn sie wußten, daß die Fraktion entweder auf dieser Grundlage bestehen bleibe oder überhaupt aufhöre zu sein. Die polnische Volksgesamtheit sei nur mit der Lesart nicht einverstanden, daß die Solidarität der polnischen Fraktion die Achse bilden solle, um welche sich die grundsätzliche Richtung der Politik der ganzen Nation sammt der Volksvertretung drehen solle. Herr Cegielski habe in seinem an die Wahlkomitees gerichteten Briefe den Fehler begangen, daß er die Solidarität so hochgestellt habe, daß ihr gegenüber alles Andere, auch das Wichtigste, als geringfügig erscheinen mußte. Die Gegner der Resolution beriefen sich zu Unrecht auf die Solidarität der Fraktion, wenn sie hieraus argumentirten, daß diese genüge, um der Nation das Recht und die Mittel zu nehmen, einzelne Abgeordnete oder die ganze Fraktion zurechtzuweisen, falls sich die Verhältnisse derart gestalteten, daß die grundsätzliche Richtung der Fraktionspolitik von der Nation mißbilligt werde. Die polnische Reichstagsfraktion habe bereits einmal durch ihre sogenannte Versöhnungspolitik sich selbst und die Nation irregeleitet. Die Posener Resolution sei auch aus dem Grunde so unzweideutig gefaßt worden, um einer Wiederholung dieser Selbsttäuschung vorzubeugen. Wenn die Solidarität der Fraktion auch für die Nation das höchste Gesetz sein sollte, so würden auch die Wähler bei der Redaktion der Fraktionsatzungen mitzupreden gehabt haben. Dies sei aber nicht geschehen, weil diese Satzungen eine innere Angelegenheit der Fraktion bildeten. „Es irren sich“ — so fährt der Orendownik fort — „die Gegner, es irrt sich insbesondere Herr von Koscielski, wenn er wiederholt ausführt, das Komitee und die versammelten Posener Wähler hätten sich ruhig an die Materie der Marinevorlage halten sollen; da nun die polnischen Abgeordneten naturgemäß damit besser Bescheid wußten, als die Wähler, so lehre die einfache Konsequenz, daß die Wähler die Entscheidung darüber, wie in Sachen der Vorlage zu stimmen sei, ihren Abgeordneten überlassen mußten.“

Ja, wäre die deutsche Flotte eine uns angehende Angelegenheit! Sie ist eine deutsche,

nicht unsre Angelegenheit, mithin lehren die polnische Denkart und der polnische Verstand, eine deutsche Sache den Deutschen zu überlassen. Wir haben diesen Punkt schon hinreichend beleuchtet. Nicht um die Flotte, nicht um Schiffe handelt es sich, sondern um die ganze grundsätzliche Politik der polnischen Gesamtheit und der Vertreterschaft derselben. In diesem Punkte hängt nicht die Nation von der Fraktion, sondern die Fraktion von der Nation ab, und der Fraktion steht es nicht frei, in Berlin eine Politik auf eigene Faust und hinter dem Rücken der Nation zu treiben.

Die deutsche Flotte hat nichts gemein mit dem Wohl und Wehe des polnischen Elements im preussischen Landestheil, und alle gegen das Komitee und die Resolution gemachten Anstrengungen werden vergeblich sein.

Damit könnten wir schließen. Da jedoch die Gegner der Resolution und des Posener Komitees einige andere Fragen in die Diskussion gezogen haben, geben wir ihnen, wo dies angängig ist, Recht. Mit Recht weisen der Abgeordnete Cegielski und der Kurjer darauf hin, daß es sowohl verfassungsmäßig unrecht als unpolitisch ist, wenn die Wähler dem Abgeordneten Weisungen erteilen wollen, wie er stimmen soll. In dieser Hinsicht haben die Genannten Recht — bei normalen Verhältnissen. Aber nach einer derartigen Enttäuschung, wie sie die Reichstagsfraktion der Nation und sich selbst durch ihre eigenmächtig betriebene Versöhnungspolitik bereitet hat, stellt sich die Posener Resolution trotz ihrer scharfen Einseitigkeit als politische Nothwendigkeit, als Pflicht der Nation dar. Nicht das Posener Komitee ist der eigentliche Vater dieser Resolution, es sind dies die Abgeordneten selbst; denn Jahre hindurch haben sie selbst darauf hingearbeitet, daß die Resolution in dieser einseitigen Form in Erscheinung träte. Möge sich Herr Cegielski damit trösten, daß dies das kleinere Uebel gewesen ist.

Ueber Herrn Cegielski kann man sich nicht wundern, wenn er das Posener Komitee fragt, mit welchem Rechte Posen fordern dürfte, daß er in diesem Sinne stimme. Es ist am besten, wenn dieser Streit praktisch geschlichtet wird. Möge der Abgeordnete Cegielski Posen bei der Ueberzeugung belassen, daß es das Recht dazu gehabt habe, er selbst möge in der Fraktion und im Reichstage sein Recht wahren, und, wenn er es für richtig hält, für die Marine stimmen. Dann werden beide Seiten bei ihrem Rechte bleiben und — hiermit von einander Abschied nehmen.“

Aus Nr. 24 des Ogedownik
vom 30. Januar 1898:

Wir erhalten nachstehendes Schreiben:

Herrn Kammerherrn Cegielski, Abgeordneten für den Deutschen Reichstag, hat das Wahlkomitee für den Kreis Posen-Ost folgendes Schreiben übersandt:

Hochwohlgeborner Herr!

In Ihrem an uns gerichteten Schreiben verzichten Sie auf Ihre Kandidatur bei den nächsten Wahlen in unserm Kreise. Durch Ihren Rücktritt wollen Sie zur Beilegung des alten Zwistes beitragen und die Eintracht kräftigen. Für diese wahrhaft edle und patriotische That, ebenso für Ihre gewissenhafte Arbeit statuen wir Ihnen aufrichtige Anerkennung und herzlichen Dank ab. Heute, wo Millionen ausgegeben werden, um uns unsern Boden zu nehmen, wo die Kinder in der Schule die Klänge der Muttersprache vergessen und uns feindliche Elemente sich verschwören, um zu vernichten, was uns heilig und theuer ist, müssen Eintracht und Einigkeit

unsere Vertheidigungskraft bilden. So erachten auch wir, durch das Vertrauen der Wähler zur Durchführung der nächsten Wahlen berufen, es als unsere vornehmste Pflicht, die äußersten Anstrengungen zu machen, um die Einigkeit zu wahren, damit bei unserm schweren Schicksal die traurigen Szenen des brüderlichen Zwistes sich nicht wiederholen, damit man uns nicht zum Vorwurf machen kann, daß uns hundertjähriges hartes Unglück von den alten Fehlern nicht geheilt habe. Durch Ihren Verzicht erleichtern Sie uns diese Aufgabe, denn Sie liefern ein Beispiel, wie man die eigene Person für das Wohl der Allgemeinheit opfern soll. Dankbar für dieses gute Beispiel sprechen wir die Ueberzeugung aus, daß wir Alle bei der Befolgung desselben mit der That bekräftigen werden, daß unsre Lösung einmüthige Arbeit ist, die sich darauf stützt, daß gegenseitig Rücksicht geübt wird und man im Interesse unsrer Sache die Regungen persönlichen Ehrgeizes unterdrücken wird.

Wir betonen dabei, daß unser Komitee es stets als seine Aufgabe angesehen hat und ansehen wird, Wählern solche Abgeordnetenandidaten vorzuschlagen, bezüglich deren es die Ueberzeugung hat, daß sie in den gesetzgeberischen Körperschaften nach besten Kräften und nach bester Ueberzeugung unter Berücksichtigung der Wünsche der Wähler und in Uebereinstimmung mit der polnischen Fraktion thätig sein werden.

Posen, den 28. Januar 1898.

Pfarrer W. Kotecki, Thaddäus Szuldrzynski, Pfarrer Dr. Hermanowski, Andreas Adamski, Joseph von Mysielski, Dr. Kozłowski, Dr. Wendland, Klatkiewicz, Ludwig Golaszki, Michael Palacz, St. Stolpe.

Aus Nr. 18 des Dziennik Poznański
vom 23. Januar 1898:

Herr Joseph von Koscielski,

hat der Redaktion des Dziennik Poznański einen Brief und ein umfangreiches Schriftstück übersandt, in welchem er sich über die von den hiesigen polnischen Wählern unter dem 12. d. Mts. in Sachen der Marinevorlage gefaßten Resolution eingehend ausspricht und dieselbe unter Anderem als unklug und nicht polnisch bezeichnet. Unklug sei der Beschluß schon aus dem Grunde, weil derselbe sich gegen eine Vorlage wende, welche die Regierung zum Schutze des immer mehr wachsenden überseeischen Handels, der gleichzeitig eine Stütze der gewinnbringenden Staatswirtschaft sei, dem Reichstage vorgelegt habe. Der Beschluß sei ferner auch voreilig und in der Politik sei Alles, was voreilig ist, unklug.

Der größte Vorwurf, den Herr Koscielski dem Beschlusse machen müsse, sei der, daß er nicht polnisch sei. Den Bedrückten, den Schwachen, bleibe nur eine Kraft zur Verfügung und diese sei die Kraft der Gerechtigkeit und der Ehrlichkeit auch den Bedrückern gegenüber. Wenn der Gegner das fordere, was ihm zukomme, so müsse man ihm dies auch bewilligen. Verlange derselbe zu viel, dann könne man ihm dies wohl verweigern, nicht etwa deshalb, weil er ein Gegner, sondern lediglich aus dem Grunde, weil die Forderung eine übertriebene sei. In jenem Beschluß träte ein Geist zum Vorschein, welcher den Adel vernichtet und das Volk politisch zu Grunde gerichtet habe. Diesen Geist aber nähmen jetzt die Volksparteien zu ihrer Richtschnur. Es werde wohl einmal die Zeit kommen, in welcher die Anführer der Nation dem

Volke angehören würden; solche Führer habe es aber auch schon früher gegeben und zwar bei den wichtigsten Vorgängen der polnischen Geschichte. Entgleiste Flackköpfe würden aber niemals als Führer der Nation anerkannt werden; dieselben könnten doch niemals Vertreter des Volkes sein, die könnten höchstens eine gewisse Partei vertreten; thatsächlich seien sie aber zersekende Triebe, die ausgerottet werden müßten. So lange die Polen sich um die Staatsinteressen nicht kümmerten und ihre Mitwirkung nur durch Widerspruch bethätigten, so lange sei der Polenhaß etwas Unbekanntes gewesen; jetzt aber, wo die Polen aus ihrem Schlafe erwacht seien, wo sie in ehrlicher Thätigkeit um das Staatswohl sich kümmerten, jetzt ergreife auch der Haß die Sinne der Deutschen und nun sei man bestrebt, die Polen von dem von ihnen beschrittenen Wege zu verdrängen.

Aus Nr. 20 des Orędownik
vom 26. Januar 1898:

Mit Bezug auf den Koscielskischen Brief

schreibt der Orędownik u. A.:

„Herr v. Koscielski thut uns herzlich leid. An ihm bewahrheitet sich das Sprüchwort: „Je weiter in den Wald, desto dichter die Bäume“ — je öfter er sich hören läßt, eine desto ärgere Begriffsverwirrung greift Platz. Er schreibt anscheinend gegen die Posener Resolution, von der Widerlegung derselben ist jedoch nicht die Rede; denn er schreibt von den deutschen Handels- und gewerblichen Interessen gerade so, als hätte die polnische Volksgesamtheit ungeheure Kapitalien in diesem Handel und Gewerbe untergebracht, als wäre sie in gleichem Grade wie die Deutschen an der Vermehrung der deutschen Flotte interessiert und als müßte infolgedessen jeder Pole in dieser Angelegenheit daselbe Lied singen, wie der Deutsche. Der thatsächliche, zwischen Polen und Deutschen mit Bezug auf die deutsche Marine herrschende Unterschied ist in dem Koscielskischen Briefe ganz verwischt.

Schwingt sich Herr v. Koscielski noch einmal auf den Flügel solcher politischen Phantasieen in die Höhe, so wird ihn die polnische Gesamtheit völlig aus den Augen verlieren. Schon von diesem seinem Briefe sprechen die Leute nicht anders als mit Lächeln. Herr v. Koscielski wird nicht der erste sein, der sich beim Umherschweifen unter einem ihm fremden Himmel die Flügel bricht. Solcher Leute gab es und giebt es fortwährend Viele in verschiedenen sozialen Stellungen. Fremde Winde werden ihn immer weiter fortführen, er aber wird sich der Täuschung hingeben, daß er sich in der That immer höher schwinde. Schade um ihn!

Herr v. Koscielski läßt sich in seinem Briefe sehr weit ausschweifen über die Volksbewegung aus, augenscheinlich sehr gereizt. Was sollen wir darauf erwidern? Gar nichts, denn von der Volksbewegung werden noch Andere schreiben. In seinem Briefe findet sich ein durchaus nicht übler Passus, worin er vom Adel, vom Gebahren desselben und vom städtischen Bürgerthum spricht. Herr v. Koscielski ist ein Edelmann von dem sympathischen Adelstypus; er hat einen von Haus aus demokratisch konstruirten Kopf, der hinsichtlich der Bildung ebenfalls in diesem Style möblirt ist. Man könnte über diese Fragen mit ihm sprechen; wie kann dies aber geschehen — auf dem Boden der deutschen Flotte. Dafür, was

er von der Volksbewegung geschrieben, möchten wir ihm mit dem guten Rath danken, wenigstens zehn Jahre lang keine Feder in die Hand zu nehmen."

Aus Nr. 24 des Goniec Wielkopolski
vom 30. Januar 1898:

Weshalb ist Herr v. Roscielski

nicht berechtigt, sich den Posener Wählern, oder überhaupt allen übrigen Wählern als Leiter und Führer aufzudrängen:

- 1) Weil er selbst gezeigt hat, daß er zum Anwalt des Volkes, d. h. zum Abgeordneten unfähig ist, er handelte als Abgeordneter ganz nach seinem Gutdünken, ohne jegliche Rücksicht auf seine Amtsgenossen, er ergriff oftmals ohne deren Auftrag und ohne deren Wissen das Wort und förderte unerhörte Dinge zu Tage, aus den Verweisen aber, deren er so viele erhalten, machte er sich gar nichts. Er lieferte daher unwiderlegliche Beweise dafür, daß er sich keiner Ordnung zu fügen, keiner nationalen Zucht unterzuordnen versteht, daß er also nicht befehlen kann, weil er selbst nicht zu gehorchen verstand.
- 2) Herr v. Roscielski hat ferner nicht das Recht, uns Polen anzuführen und unser national-politisches Gewissen zu beeinflussen, denn er trat selbst dasjenige mit Füßen, was uns Polen noch als das Heiligste geblieben ist, nämlich das nationale Recht. Welche Rechte das sind, das wird wohl jeder Leser des Goniec selbst wissen, ich werde sie deshalb hier nicht wiederholen. Da Herr v. Roscielski uns aber als „Preußen polnischer Nationalität“ bezeichnete, hat er die Existenz der polnischen Nation geradezu geleugnet. Er hat dies wiederholt gethan und sogar die Ungeheuerlichkeit begangen, daß er 1891 im Herrenhause feierlich erklärte, daß es den Herren Deutschen ganz gleich sein müßte, ob ein Preuße zu Gott polnisch oder deutsch bete, ob derselbe Preuße das Hoch auf seinen König in deutscher oder in polnischer Sprache ausbringe. Er versicherte sogar, daß alle seine Landsleute ebenso wie er über die Sache dächten. Besser konnte uns Herr v. Roscielski nicht verkaufen.
- 3) Als die Rede von der Ansiedelungs-Kommission war, die doch den Zweck hat, auch für unser Geld polnischen Grund und Boden aufzukaufen, damit derselbe niemals mehr in polnische Hände zurückkehre, gab Herr v. Roscielski in demselben Herrenhause die Erklärung ab, bei der Ansiedelung handele es sich in erster Linie nicht um die polnische Nation, sondern um die Erhaltung des Staates, der Monarchie und Dynastie, damit nicht die von ihrem Grund und Boden vertriebenen Polen unter die Sozialdemokraten gingen. Herr v. Roscielski hat es sicherlich nicht begriffen, daß die Ansiedelungs-Kommission das größte Unglück ist, welches jemals den Polen begegnet ist, denn sie nimmt ihnen die Gräber ihrer Väter und die Gotteshäuser fort und macht die Menschen durch den Anblick des goldenen Kalbes gemein. Wie kann Derjenige, welcher von dem Schweiß des polnischen Bauers lebt, behaupten, daß es sich in erster Linie gar nicht um die polnische Nation, sondern um die preußische Monarchie

und Dynastie handele? Ich frage daher, wie oft hat Herr v. Roscielski dadurch gesündigt, daß er sich verleugnete, daß er die Nation verkaufte und verrieth? Wir Polen werden ihm auch nach dieser Rolle, die er in der preußischen Geschichte nach der Theilung Polens gespielt hat, niemals gehorchen und uns niemals von ihm beeinflussen lassen. Sogar der Marquis v. Wielopolski, dessen Gewissen hunderttausende gefallener und verbannter Opfer belasten, sogar dieser Mentor der Nation tödtete nicht den Geist des Volkes, welchen Herr v. Roscielski systematisch zum Tode verurtheilte, durch den er aber jetzt sich in lästernder Weise decken will. Ein solches Pharisäerthum werden die Polen nicht vertragen, denn die Zeiten sind hier unwiederbringlich vorüber, wo man um eines Dukaten, Ordens oder Titels willen die Stimmen im Landtage verkaufte. Es ist jetzt mehr Wiß in der Nation, jetzt weiß ein Jeder, was für die Nation gut und was schlecht ist.

Aus Nr. 25 des Kuryer Poznański
vom 1. Februar 1898:

Betrifft die Marinevorlage.

Wir haben von einem der ältesten Freunde unseres Blattes, einem Priester, der sich mit Recht des allgemeinen Vertrauens der Geistlichkeit, sowie weltlicher Personen erfreut, nachstehendes Schreiben erhalten. Wir selbst haben bisher nicht das Wort ergriffen, da wir die ganze Polemik, welche sich eigentlich um die künftige Abstimmung unserer Abgeordneten über die Marinevorlage dreht, für vollständig unnöthig ansehen. Sie ist gewissen Leuten ein Bedürfnis, nur um Parteien zu schaffen und zu halten; denn die Sache selbst, um welche sich die Polemik dreht, ist, soweit unsere Informationen reichen, für die Leute, welche sich nicht von Parteiinteressen leiten lassen, nach Einbringung der Antipolenvorlage unzweifelhaft. Wir haben bisher nämlich nicht von einem unserer Reichstagsabgeordneten gehört, daß er Lust habe, für irgend welche neue Abgaben zu stimmen. Wir haben bereits dargethan, daß ein mandat impératif für einen Abgeordneten unmöglich ist, statthast ist dagegen, daß die Wähler angesichts der jetzigen Situation, die von der zu Beginn der Legislaturperiode vorliegenden durchaus abweicht, den Wunsch äußern, daß ihr Mandatar diese eingetretene Aenderung berücksichtige.

Wir haben auch von unseren geehrten Abgeordneten gehört, daß sie, ohne daß irgendwie Beschlüsse von Versammlungen nöthig wären, thun würden, was unser Trauerzustand verlangt, was Alle ohne Ausnahme fühlen; sie haben nicht die Absicht, in die bis ins Innere schmerz erfüllte Gesamtheit Disharmonie zu bringen, denn suprema lex esto Solidarität, nicht nur in Berlin, sondern auch daheim allen Wohlgefinnten.

Das Schreiben lautet:

Aus dem Gnesenschen, Ende Januar.

Geehrter Herr Redakteur!

Wir sind Ihnen dankbar, daß sie sich zu beherrschen gewußt und unterlassen haben, mit Brüdern zu polemisieren. Wenn Jemand die Wunden und Schmerzen, die unser Theil sind, kennt, so ist es die

Geistlichkeit, denn sie sieht dieselben alltäglich in jeder Gesellschaftsschicht. Aber noch mehr schmerzen die von den Seinen zugefügten Wunden, der Bruderszwist; denn dabei büßen wir die Widerstandskraft dem Druck gegenüber ein, der sich gegen uns mit derartiger Hartnäckigkeit, Systematik und Rücksichtslosigkeit organisiert, daß man uns bald die Lust nicht mehr gönnen wird. Gnesen hat man mit Ansiedelungen umgeben, wie einst die Römer Jerusalem mit einem Wall. Die Ansiedelungen engen in einst katholisch-polnischen Sitzen die Stadt des Lech ein. Der Boden, dessen wir zu unserm Lebensunterhalt bedürfen, schrumpft immer mehr zusammen, der Verdienst verringert sich, der Kundenkreis für Gewerbe und Handwerk ist ein kleiner geworden. Mit der Zeit werden wir nicht mehr wissen, wo wir die Abgaben hernehmen sollen. In Gnesen wächst das Schulgeld für Alle, auch für den kleinen Kreis, der ein wenig mehr Einnahmen hat, zu einer Last an, unter der man zusammensinkt. Aber in Gnesen verleihen uns, Gott sei Dank, wenigstens Eintracht und Einigkeit Trost und Kraft. Darum sprechen wir auch unsern Schmerz denjenigen gegenüber aus, die bei Ihnen in Posen für diese höchste Pflicht in unseren Zeiten kein Verständniß haben, und wenn uns einerseits die Posener Versammlung Schmerz verursacht hat, so hat uns andererseits die wahrhaft patriotische Kundgebung der Wähler des Kreises Polen-Ost, mit der wir durchaus einverstanden sind, erfreut. (Gemeint ist das in der vorliegenden Nummer des Gesamt-Ueberblicks enthaltene, von dem Wahlkomitee für Posen Ost an den Abgeordneten Cegielski gerichtete Schreiben). (Red. d. Ges. Ueberbl.)

Wir sind auch überzeugt, daß unsre Abgeordneten unsre Lage ebenso gut, ja vielleicht noch besser kennen, als wir, daß sie auch kennen, was ihre Wähler im jetzigen Augenblick fühlen und daß sie auf keinen Fall denselben durch ihre Stimmen neue Lasten aufbürden werden. Wir sind heut schon arme Stümper. Unser Proletariat wächst in Folge der Kolonisation, des Boykotts, in Folge dessen, daß wir vom Verdienst und Gewinn da ausgeschlossen sind, wo der Nichtkatholik und Nichtpole leicht volle Schüsseln finden, in erschreckendem Maße. In Gnesen sehen wir das heut schon sehr gut. Aber wenn auch irgend eine neue Abgabenlast nicht groß sein, wenn sie uns auch nicht gänzlich arm machen sollte, so können die Abgeordneten sie nicht in dem Augenblicke aufbürden, wo Hundert Millionen aufgewendet werden sollen, um uns auszukaufen, wo in öffentlichen Blättern ein Ausrottungskampf gegen das katholische und polnische Element angekündigt worden ist. Ich glaube sogar, daß alle Deutsch-katholiken, wenn unsre Abgeordneten ihnen Material darüber zeigen werden, wie die Kolonisation bei uns uralte katholische Pfarochien zerschlägt, — (gerade die Gnesener Gegend liefert klassisches Material dafür, welcher Schaden auch für unser Geld dadurch der Kirche zugefügt, wie durch die Ausrottung der Katholiken der gesamte konfessionelle Charakter des Landes geändert wird) — ebenfalls Gelegenheit nehmen werden, um im Reichstage auszusprechen, weshalb das Gewissen ihnen nicht gestatte, für neue Abgaben im Reiche zu stimmen, während im Staate Hundert Millionen zu solchen Zwecken verwendet werden sollen.

Ihr alter Freund.

Aus Nr. 25 des Kuryer Poznański
vom 1. Februar 1898:

In der am 28. Januar abgehaltenen, ad hoc einberufenen

Fraktionsitzung

wurde beschlossen, folgende Erklärung öffentlich bekannt zu geben:

Die Wähler der Stadt Posen haben am 12. Januar Resolutionen gefaßt, welche mit einer an den Abgeordneten Cegielski gerichteten entschiedenen Forderung versehen worden sind. Angesichts dessen erklärt die polnische Reichstagsfraktion, daß sie so formulirten Forderungen weder eine Berechtigung, noch eine praktische Bedeutung beimessen kann, da sie den in jedem Verfassungsstaate geübten Grundsätzen des öffentlichen Rechts zuwiderlaufen. Die Resolutionen konnten sogar inbetracht der für jeden Abgeordneten verbindlichen Satzungen der Reichstagsfraktion nicht die gehörige Anwendung finden.

Daraus geht hervor, daß derartig formulirte kategorische Forderungen der Wähler auf die sachlichen Beschlüsse der polnischen Fraktion keinen entscheidenden Einfluß auszuüben im Stande sind.

Mit obiger Erklärung schließt die Fraktion nicht das Recht der Wähler aus, in öffentlichen Angelegenheiten Wünsche zum Ausdruck zu bringen.

Fürst Ferdinand Radziwiłł,
Vorsitzender.

Roman v. Janta-Polczynski,
Schriftführer.

Hierzu bemerkt der Goniec Wielkopolski in Nr. 25 vom 1. Februar:

„Was das erste Argument, d. h. die in konstitutionellen Staaten üblichen Grundsätze betrifft, so gestehen wir, daß wir es lieber gesehen hätten, wenn die Fraktion diesen Beweisgrund nicht angewandt hätte, da wir Polen sowohl der preussischen als der deutschen Verfassung, relativ genommen, wenig Gewicht beilegen, — denn diese Verfassung negirt durchaus unsre nationale Sonderstellung und die derselben zustehenden Rechte und zweitens schnappt das scheelsüchtige System der uns zu theil werdenden Behandlung die Brosamen von Freiheiten weg, die uns Darbenden zufallen könnten, sodaß es uns zu Zeiten des früheren autokratischen Regimes in mancher Beziehung wohlher war, als heut.

Die Fraktion müßte heut besonders stets dessen eingedenk sein, daß wir Polen noch etwas Anderes, als die Verfassung haben, daß wir Patente besitzen, die besser sind, als die Verfassung, denn während uns die preussische Verfassung in Deutschland einverleibt hat, haben uns die Patente davon ausgeschlossen.

Da sich nun aber die Fraktion auf von den Deutschen angewandte Beweisgründe berufen hat, wollen wir weiter zusehen.

Haben die Posener Wähler irgendwelche Wünsche an die Reichstagsfraktion selbst gerichtet? Niemals! Sie haben nur gesagt, daß sie für den Fall, daß die Fraktion für die Bewilligung neuer Lasten zu Schiffbauzwecken eintreten sollte, von ihrem Bevollmächtigten forderten, daß derselbe für diese Lasten nicht stimme. Unsre Wähler sind schon so reif, daß sie von der Fraktion nicht fordern würden, was sie von derselben nicht zu verlangen haben. Wenn sie in der That auf den Abgeordneten selbst einen Druck ausüben wollten, so wollten sie doch nicht die Fraktion terrorisiren, auf deren Rechte und Privilegien sie keineswegs einen Einfluß auszuüben beabsichtigt haben. Alles, was die Fraktion der Resolution gegenüber hätte sagen können, hätte in einer nackten Erklärung enthalten sein müssen, ob die Fraktion für die neuen Marinepositionen stimmen

werde, oder nicht. Nur eine solche Erklärung wäre seitens der Fraktion maßgeblich gewesen und hätte das Ansehen derselben und das Vertrauen zu derselben einzig steigern können. Indes hat sich die Fraktion in Sachen eingelassen, die sie nichts angehen. Wie das? Nun, die polnische Fraktion ist nicht kompetent, die Wähler sei es zu belehren oder zu verdammen; denn die Fraktion ist keine Wahlbehörde. Diese Behörde ist, oder vielmehr müßte bei uns zu Hause sein; sie allein hat ein Recht, das zu verurtheilen oder zu billigen, was die Wähler thun können und was ihnen verwehrt ist. Und dies Recht ist ein gegenseitiges. Ebenso, wie die Wähler der Fraktion, so müßte auch die Fraktion den Wählern direkt keine kategorischen Vorschriften machen, noch Weisungen erteilen.

Die Pflicht, das Recht und die Fähigkeiten hierzu können nur die Delegirten oder die oberste Wahlleitung haben, eine aus der Wahl aller Polen hervorgehende, verbundene und vereinigte, in einem Zentralwahlkomitee verkörperte Wahlleitung."

Aus Nr. 22 des Ogedownik
vom 22. Januar 1898:

Betrifft die polnische Volksbank in Schrimm.

Aus der Schrimmer Gegend.

Sonntag, den 23. d. Mts. veranstaltete der Schrimmer Sokol ein Vergnügen, verbunden mit einer Theatervorstellung, Trinksprüchen u. s. w., zu welchem ich nebst Gästen aus weiterer Ferne mich ebenfalls eingefunden hatte. Da die Vorstellung erst um 8 Uhr Abends beginnen sollte, durchblätterte ich den Bericht der Schrimmer Volksbank, der mich um so mehr interessirte, als ich selbst Mitglied einer Genossenschaft in einem Nachbarstädtchen bin, und namentlich deshalb, weil der Bericht sehr sorgfältig ausgearbeitet ist und einen Ueberblick über die Entwicklung der Genossenschaft während der letzten 25 Jahre bietet.

Aus dem Bericht ersieht man also, daß die im Jahre 1873 gegründete Genossenschaft anfangs 73 Mitglieder mit einer Antheilsumme von 4048 Mark hatte, daß derselben 6081 Mark Deposita anvertraut worden waren, ein eiserner Fonds von 98 Mark zusammengespart worden war und 8 Prozent Dividende vertheilt wurden. Nach 25 jähriger Arbeit, also im Jahre 1897 hatte die Bank 1094 Mitglieder, einen eisernen Fonds von 124 000, 156 036 Mark Antheile, 1 314 069 Mark Deposita und sie gewährte 6 Prozent Dividende. Nachdem ich dieses schöne Resultat gelesen, dachte ich mit einem gewissen Neidgefühl: „Wann wird unsere Bank einst zu solchen Resultaten gelangen?“ Ich begab mich sodann in die Generalversammlung der Bank, welche in demselben Saale des Hotels Viktoria zwischen 4 und 8 Uhr stattfand. Sofort zu Beginn fiel mir zweierlei auf: 1. weshalb die häuerlichen Wirthe fast auf einem Haufen auf der einen Seite, die Städter aber auf der andern saßen, 2. aus welchem Grunde von 190 örtlichen, kaum 30 und von 904 auswärtigen Mitgliedern kaum 40 sich eingefunden hatten, sodas der große Saal leer ausah. Das Wetter war zwar scheußlich, aber trotzdem versammelte sich in demselben Saale später zum Sokolvergnügen eine solche Masse von Bürgern, daß der Saal gedrängt voll war.

Der Verlauf der Beratungen war ziemlich interessant, ja sogar lehrreich. Eine lebhaft Diskussion entspann sich zunächst bei der Beschlußfassung über die Gewinnvertheilung. Der Vorstand schlug, nach-

dem er sich zuerst der guten Geschäfte, des großen Reservefonds wegen u. s. w. gerühmt hatte, 6 Prozent Dividende vor, womit die Opposition nicht einverstanden sein wollte, indem sie 7 Prozent vorschlug. Diesen Standpunkt der Opposition vertraten zwei Herren; dieselben traten frei auf und vertheidigten ihre Sache standhaft und wacker. Trotzdem gelang es ihnen nicht, für ihren Antrag eine Mehrheit zu gewinnen, da die meisten der Anwesenden, wie sich das bei den weiteren Beratungen zeigte, theilnahmslos dasaßen, der erforderlichen Sachkenntniß bezüglich der Streitfrage entbehrten und schwiegen, als wären sie in der Kirche. Ich muß gestehen, daß ich mich am Anfang nicht wenig gewundert habe, weshalb jene beiden Opponenten diesem einen Prozent so großes Gewicht beileigten und ihren Antrag so schneidig vertheidigten. Erst als die Reihe an den zweiten Antrag betreffend die Aufhebung des § 14 der Statuten und Einfügung eines neuen Paragraphen kam, welcher besagte, daß die Dividende nicht höher sein solle, als der Prozentsatz der Darlehen und daß sie vom Vorstand, nicht wie bisher von der Generalversammlung festgelegt werden solle, wurde mir die Absicht der beiden Herren klar. Nachdem der Antrag auf Erhöhung der Dividende von 6 auf 7 Prozent abgelehnt worden war, waren wenig Aussichten vorhanden, daß es der Opposition gelingen werde, den Vorstoß abzuwehren, der darauf abzielte, der Generalversammlung, wie man sagte, das letzte Recht zu entreißen.

Trotzdem traten die gedachten beiden Herren, deren Namen ich mir leider nicht gut gemerkt habe, gegen diesen Vorstoß des Vorstandes auf, und das nicht ohne Erfolg, indem jener Antrag des Vorstandes bei der Abstimmung nicht angenommen wurde, was weder die Generalversammlung noch der Vorsitzende der Versammlung Herr K. bestreiten konnten. Da geschah etwas noch nicht Dagewesenes. Der durch dieses Mißlingen arg irritirte Direktor der Bank und Kurator der Erwerbsgenossenschaft erhebt sich vom Platze und fordert den Vorsitzenden der Generalversammlung auf, jenen abgelehnten Antrag des Vorstandes nochmals zur Abstimmung zu bringen, dem hiergegen opponirenden und protestirenden Herrn K. aber ruft er zu: Treten Sie doch aus der Bank aus, wenn" u. s. w.; — den Schluß der Drohung habe ich von meinem Platze aus nicht vernahmen können.

Die Situation wurde eine sehr gespannte, und wirklich habe ich Lobes voll die Herren Vertheidiger der Rechte der Generalversammlung bewundert, daß sie das ruhig, wie es reifen Männern ziemte ertragen und standhaft gegen eine neue Abstimmung protestirt haben. Trotzdem ordnete der Vorstand eine neue Abstimmung an, und unter diesem Druck gelangte schließlich der den § 14 aufhebende Antrag zur Annahme und somit wurde der Generalversammlung das Recht, die Höhe der Dividende zu bestimmen, genommen. Ich weiß nicht, wie Andre über diese Sache denken, ich bin der Ansicht, daß hier ein grober Formfehler begangen worden ist, vielleicht auch ein Verstoß gegen das Gesetz. Bisher war es in unsrer Bank nicht üblich, daß ein Antrag, der einmal gefallen war, in derselben Sitzung zum zweiten Male gestellt worden wäre. Es wäre gut, wenn unsre Rechtsgelehrten die Frage im Interesse des Wohles unsrer Genossenschaften aufklären würden.

Gelegentlich obiger Debatten erfuhr ich wider Willen das Geheimniß, daß der Herr Kurator danach streben werde, auch in anderen Genossenschaften die Rechte der Generalversammlungen einzuschränken. Mögen also die Herren Theilhaber der Genossenschaften auf der Hut sein, denn wenn in Schrimm,

diesem verschrieenen Schrimm, wo es eine Unmenge Vereine giebt, die Bürgerschaft in Generalversammlungen ausbleibt und eigenhändig gegen sich Geißeln drehen hilft, was ist dann erst von den Kleinstädtern zu erwarten, unter denen es wenig Intelligente giebt?! Sehr verdächtig kam mir der Antrag des Vorstandes auf Aufhebung des § 14 vor, welcher den Reservefonds betrifft. Unbegreiflich ist es auch, weshalb die Herren von der Opposition diesen Paragraphen überhaupt nicht vertheidigt haben. Wenn nur die Schrimmer nicht schlecht dabei fahren, daß dieser Paragraph aufgehoben worden ist. Um diese bitteren Pillen zu verjüßen, theilte der Vorstand mit, daß von Neujahr ab Checks zur Einführung gelangen würden, die 2 Prozent brächten.

Aus Nr. 24 des Oꝛedownik
vom 30. Januar 1898:

Die Aufklärung des polnischen Volkes und die Deutschen.

Das polnische Volk kann mit einem gewissen Stolz, mit einer gewissen Hoffnungsfreudigkeit der Zukunft, den neuen Vorbereitungen entgegensehen, die von den Deutschen getroffen werden, um in die Ostmarken der preussischen Monarchie Kultur zu tragen und den „Assimilierungsprozeß“ zu beschleunigen. Wird doch durch die Vorbereitung jener „geistigen“ Mittel eben zugegeben, daß das polnische Volk doch nicht auf einer so niedrigen Kulturstufe steht, daß die bisher angewandten Mittel materieller Natur ausgereicht hätten! Die Deutschen gestehen ein, daß das Niveau der Kultur des deutschen Elements in den polnischen Provinzen zur Germanisirung der Polen nicht hinreicht, sie geben zu, daß die Zahl der gebildeten polnischen Städter und Landbewohner groß genug ist, um auf wirtschaftlichem Gebiete mit den Deutschen erfolgreich zu konkurriren, sie gestehen mit einem Worte ein, daß die deutsche Kultur, wie sie bisher im Osten zu Tage getreten ist, den Polen nicht genug imponiren, dieselben nicht blenden kann durch unwiderlegbare „Ueberlegenheit“, daß diese Kultur die Polen nicht mit ihrer Anziehungskraft schnell in Deutsche umwandeln kann.

Daher jenes Rufen nach auserwähltem Beamtenmaterial für die polnischen Provinzen, nach materieller Hebung des Wohlstandes dieser Provinzen und zugleich des kulturellen Niveaus der deutschen Bewohner, damit letztere aus dem vermehrten wirtschaftlichen Wohlstande in höherem Maaße Nutzen ziehen könnten, als die Polen, und auf daß sie damit allmählich Schritt für Schritt für das Deutschthum Boden gewinnen könnten.

Wir sind unsrerseits mit einem solchen ruhigen, unerbittlichen wirtschaftlichen und geistigen Kampf einverstanden. Dank dem Umstande, daß das Nationalbewußtsein unsres Volkes erwacht ist, daß sich ferner immer mehr Aufklärung verbreitet, trifft uns dieser Kampf nicht unvorbereitet. Der Dünkel der Deutschen und ihr Vertrauen in ihre unwiderlegbare kulturelle Ueberlegenheit hat ihnen nicht gleich nach dem französischen Kriege die Anwendung solcher Mittel diktiert, wie sie dieselben jetzt in Vorschlag bringen. Jetzt, nach einer Reihe von Jahren, die an Proben kolonialisatorischer Thätigkeit, an sofortige fieberhafte „Assimilierung“ verwandt worden sind, treten die Deutschen an uns wie an eine gesittete Nation heran. Schade um sie, daß dies nicht eher geschehen ist!

Unser Volk hat sich indessen in dem Maaße gehoben, daß es, ohne die neuen Veranstaltungen

gering zu schätzen, mit einem gewissen Vertrauen in die Zukunft blicken kann. Der Kampf wird schwer sein, er ist aber nicht hoffnungslos. Es ist das der Kampf, den die Volksbewegung seit langem vorausgesehen und auf den sie sich vorbereitet hat.

Unsre Volkspresse jeglicher Schattierung hat sich um die Vorbereitung des Volkes auf diesen Kampf verdient gemacht, vor Allem aber hat die in letzter Zeit so vielfach verkannte Volkspartei bewirkt, daß wir in diesen Kampf in der Ueberzeugung eintreten, daß es an Streikern nicht fehlen und daß die Widerstandskraft gegen den Drang von Westen in der Gesamtheit sich immer mehr herausbilden wird.

Aus Nr. 24 des Kuryer Poznański
vom 30. Januar 1898:

Die Generalversammlung des katholischen Lehrlingsvereins unter dem Patronat des heiligen Aloysius fand am Sonntag, den 9. d. Mts. im Sitzungssaale statt. Nach Erledigung der üblichen Geschäfte las der Schriftführer, Genosse Antoniewicz den Bericht aus dem verflossenen Jahre vor.

Der katholische Lehrlingsverein, unter dem Patronat des heiligen Aloysius in Posen, welcher im Mai vergangenen Jahres auf Anregung des Pfarrers Kłos, der das Patronat des neuen Vereins übernahm, begründet worden ist, hat sich im ersten Jahre in günstiger Weise entwickelt.

Gegenwärtig zählt unser Verein 148 aktive Mitglieder. Es fanden in der verflossenen Zeit 27 ordentliche und eine Generalversammlung statt. Der Vorstand hielt 12 Sitzungen ab. Die Versammlungen wurden durch Vorträge, Vorlesungen und Deklamationen, sowie auch durch Erledigung des Fragekastens, welcher viel zur Aufklärung der Mitglieder beitrug, abwechslungsreich gestaltet. Im Sommer fanden öfters Ausflüge statt, und zwar insgesamt 7. Es wurden folgende 13 Vorträge gehalten: Vom Patron (5): 1) über Pfarrer Kneipp, 2) über den heiligen Aloysius, 3) über die Zeremonien bei Begräbnissen, 4) über die Adventszeit und deren Vorschriften, 5) über das neue Gesetz betreffend das Lehrlingswesen; Vom Vizepatron (3): 1) über den Alkohol, 2) über Schlesien (gehalten in 2 Versammlungen); Vom Herrn Kuzaj (3): 1) über Reisen in der Lutra, (in 2 Versammlungen gehalten) und 2) über das Verhältniß des Lehrlings zum Meister; Vom Alexiter Kłos (2): 1) über Adam Mickiewicz und 2) über Papst Leo XIII.; Von dem Gait, Herrn Jackowski (1): über Dresden, Leipzig und die sächsische Schweiz; Vom Genossen Czajka: über die Peterskirche in Rom; Von dem Senior Kasimir Krajna: über das innere Leben des Vereins. Daneben wurden manchmal in den Versammlungen zur Belehrung oder Ergözung verschiedene Artikel aus dem Przegląd und aus dem Wędrowiec vorgelesen. Nach den Vorträgen fanden öfters Diskussionen statt.

Gemäß § 14 der Vereinsstatuten gingen die Mitglieder am 27. Juni, 3. Oktober und 19. Dezember vergangenen Jahres zur heiligen Kommunion, an welcher indessen eine verhältnißmäßig nur geringe Anzahl theilnahmen. In einer der Versammlungen sprach der Patron über den Anti-Alkohol-Kongreß in Brüssel und von den zahlreichen Verbänden der Schul- und Handwerkerjugend, welche Förderung der Mäßigkeitsbestrebungen zum Ziele haben. Dies gab den Anlaß zur Begründung einer Abtheilung, zu welcher diejenigen Genossen gehören, welche sich auf Ehrenwort verpflichten, sich jedes Alkohol-Ge-

nusses zu enthalten. Diese Abtheilung nahm den Namen „die Filareten“ an und zählt gegenwärtig 23 Mitglieder. Die Versammlungen dieser Abtheilung finden jeden Monat statt und es wurden ihrer bisher 2 abgehalten. Den Vorstand der Abtheilung bilden Leo Antoniewicz als Vorsitzender, Franz Krajna als Vize-Vorsitzender und Mieczyslaus Otto als Schriftführer.

In einer der Versammlungen veranstaltete Genosse Smytkowski eine kleine Lotterie, deren Einnahme der Vereinskasse zufließt.

Am Schluß des Jahres bildeten neben dem Patronat den Vorstand folgende Genossen: Kasimir Krajna als Senior, Leo Antoniewicz als Schriftführer, Wladislaus Rozplocowski dessen Stellvertreter, Czeslaus Malinski als Bibliothekar, Franz Krajna dessen Stellvertreter und Thomas Napierala als Schatzmeister.

Darauf erstatteten die Genossen Malinski als Bibliothekar und Napierala als Schatzmeister Bericht über die Bibliothek und den Stand der Kasse.

Hierauf wurde zur Wahl eines neuen Vorstandes geschritten, in welchen gewählt wurden: Kasimir Krajna als Senior, Leo Antoniewicz als Schriftführer, Stanislaus Razmierczak dessen Stellvertreter, Josef Brendki als Bibliothekar, Peter Krause dessen Stellvertreter, Vinzent Napierala als Schatzmeister.

Nachdem die Wahl vollzogen war, hielten an die Versammelten der Patron, Pfarrer Klos und Herr Dr. Broekere Ansprachen, indem sie ihrer Freude darüber Ausdruck verliehen, daß die Handwerkslehrlinge den Verein des heiligen Mose so lieb gewonnen hätten, gleichzeitig verbanden sie hiermit Worte der Aufmunterung zu weiterer ausdauernder Arbeit. Darauf hielt der Kurator des Vereins, Herr Valerius Lebinski einen Vortrag über Mazepa und die Geschichte der Kosakenfälle, für welchen wir dem Herrn Kurator sehr dankbar sind.

Es wurden hierauf noch andere laufende Angelegenheiten des Vereins erledigt. In der Versammlung waren etwa ein Duzend Meister und Prinzipale anwesend.

Indem ich diesen Bericht zur Kenntniß bringe, bitte ich im Namen des ganzen Vereins die Herren Meister und Prinzipale, sie möchten uns ihre Unterstützung und ihr Wohlwollen nicht vorenthalten. An die Genossen aber richte ich die Bitte, möglichst zahlreich und regelmäßig in den Versammlungen zu erscheinen und nach außerhalb des Vereins sich würdig zu betragen, wie es Mitgliedern des Vereins des heiligen Mose zukommt.

Posen, den 15. Januar 1898.

Leo Antoniewicz, Schriftführer.

Anknüpfend an vorstehenden Bericht des Schriftführers Genossen Antoniewicz, wende ich mich an alle, denen eine gute Erziehung der Handwerksjugend nicht gleichgiltig ist, mit der warmen Bitte, durch ihren Einfluß die Zwecke unseres Vereins zu fördern. Dies bezieht sich insbesondere auf die Herren Meister und Prinzipale, welche alle ihre Lehrlinge dazu anhalten mögen, dem Verein des heiligen Mose beizutreten. Bei dieser Gelegenheit bringe ich zur Kenntniß, daß wir seit dem Zeitpunkt der Auflösung des Lehrlingsvereins der Dom-Parochie in den Verein des heiligen Mose auch junge Leute vom rechten Wartheuser aufnehmen.

Pfarrer Josef Klos, Patron.

Aus Nr. 23 des Goniec Wielkopolski
vom 29. Januar 1898:

Aufruf an die Vorstände der Sokolvereine.

Den verschiedensten, aus nicht wohlwollenden und sogar auch aus wohlwollenden, aber das Ziel und den Zweck des Sokolthums nicht begriffenden Kreisen gegen das Letztere erhobenen Verdächtigungen und verbreiteten Ansichten gegenüber, namentlich, daß die Sokolvereine außer den Turnübungen noch Nebenzwecke verfolgen, halten wir uns für verpflichtet, die einzelnen, dem Verbands angehörigen Turnvereine daran zu erinnern, daß dieselben darauf zu achten haben, daß ihr Vereinsleben genau auf Grund der Vereinssatzungen sich entwickle und das Bestreben derselben auf keinen Fall über den durch die Satzungen genau bezeichneten Rahmen hinausgehe. Wir sind fest davon überzeugt, daß die dem Verbands angehörigen Vereinsvorstände grundsätzlich an dieser Norm festhielten und sogar den Schein, von dem festgesetzten Ziele abzuweichen zu wollen, zu vermeiden wußten, trotzdem rufen wir es erneut in Erinnerung, daß die Sokolvereine lediglich und ausschließlich Turnvereine sind. Um jeden Schein zu vermeiden, daß die Vereine die durch die Vereinssatzungen vorgeschriebenen Grenzen überschritten, dürfen dieselben sich nicht mit anderen Vereinen, sei es persönlich, sei es durch Briefwechsel, in Verbindung setzen, das heißt a) nicht mit solchen Turnvereinen, die nicht dem Turnverbande angehören; b) nicht mit Vereinen anderer Kategorien.

Wir ordnen daher hiermit ausdrücklich an, daß die Vereine sich genau an die Vereinssatzungen halten und zwar in dem Sinne, daß gelegentlich der praktischen Turnübungen in den Monatsversammlungen auch Vorträge über Gymnastik, Gesundheitsspiele, gemeinschaftliche Spiele und Vergnügungen, über verschiedene körperliche Übungen (Schlittschuhlaufen, Fahrradfahren) gehalten werden.

Wir ordnen ferner an, daß die Programme aller Sokolfestlichkeiten einen den Vereinssatzungen entsprechenden Charakter haben, namentlich dürfen die Programme keine Vorführungen enthalten, welche den Polizeibehörden Veranlassung geben könnten, sich in die Vereinsangelegenheiten einzumischen und im Programme Streichungen vorzunehmen.

Die Sokoltracht darf nur gelegentlich der vom Vereinsvorstande beschlossenen und veranstalteten Festlichkeiten angelegt werden, was bereits in den Satzungen vorgesehen worden ist. Daraus folgt, daß jegliches Auftreten in der Sokoltracht außerhalb des Vereins verboten ist.

- 1) Es ist daher nicht gestattet, in der Sokoltracht zu erscheinen bei Festlichkeiten, die von Sokolvereinen veranstaltet werden, welche dem Sokolverbande nicht angehören.
- 2) Die Uniform darf zu keinerlei Privatfestlichkeiten und Privatfeiern mißbraucht werden.

Ein gegen die vorstehenden Vorschriften verstößendes Mitglied mußte der Vereinsvorstand dadurch bestrafen, daß er ihm das Recht zum Tragen der Sokoltracht entzieht.

Die Sokolvereine werden daran erinnert, daß dieselben, als mit öffentlichen Angelegenheiten und mit Politik sich nicht befassende Vereine, an Festlichkeiten und Feierlichkeiten, die mit der Politik irgendwie in Verbindung stehen, sich nicht betheiligen dürfen. Sie dürfen z. B. sich nicht an Festlichkeiten pp. betheiligen, die zu Ehren von Personen veranstaltet werden, deren Stellung oder Beschäftigung ihnen ausdrücklich einen politischen Charakter verleihen. Die künftigen Gauversammlungen sollen

einen rein gymnastischen Charakter haben. Es sind daher alle Abzeichen abzuschaffen, welche den Schein erwecken könnten, daß das Turnen auf dem zweiten Platz stehe. Auch ist jegliche Pracht bei den Festlichkeiten, jede grelle und glänzende Ausschmückung u. s. w. zu vermeiden.

Wollen die Gauvereine zahlreiche Zuschauer bei dem Schauturnen haben, so müssen sie das Interesse derselben durch gymnastische Spiele und vorzügliche Turnleistungen zu erwecken suchen.

Posen, den 12. Februar 1898.

Bernhard v. Chrzanowski, Valerian v. Lebinski,
Vorsitzender. Schriftführer.

Aus Nr. 24 des Ogródownik
vom 30. Januar 1897:

Schneidemühl, den 28. Januar.

Seit einiger Zeit werden bei uns alle Sonntage zwei Andachten abgehalten, zunächst eine polnische mit polnischem Gesang und polnischer Predigt, sodann eine deutsche mit deutschem Gesang und deutscher Predigt. An der polnischen Andacht nehmen auch viele Deutsche theil; es erscheint ihnen also schon zu viel, daß die Polen allsonntäglich Predigt in der Muttersprache haben. Sie möchten uns das verkürzen, aber wir werden es uns nicht so leicht rauben lassen. Jemand hat ausgereut, in der zweiten, der deutschen Andacht habe Herr Wikar H., der nur des Deutschen mächtig ist, das Evangelium auch in polnischer Sprache verlesen. Es wurde sofort dem Oberpräsidenten davon Mittheilung gemacht, dieser wandte sich an den Hochwürdigsten Erzbischof, welcher den hiesigen Propst aufforderte, ihm über den ganzen Vorgang Bericht zu erstatten. Es zeigte sich, daß das eine falsche Denunziation gewesen ist; aber wir sehen, wie sich Unberufene in unsere kirchlichen Angelegenheiten mengen.

Der Wikar Palkowski hat sich, als er polnischen Kindern Beichtunterricht erteilte, überzeugt, daß dieselben im polnischen Katechismus überhaupt nicht oder sehr schlecht lesen konnten, darum begann er sie zuerst in der Bibel polnisch lesen zu lehren. Die Polizei verbot ihm das unter Androhung einer Strafe von 200 Mark.

Die Regierung hat uns einen Lehrer mit polnischem Namen empfohlen. Als derselbe sich den Mitgliedern der Schuldeputation vorstellte, fragte ihn einer der Herren, ob er nicht etwa Pole sei. Man mußte den betreffenden Herrn überzeugen, daß der Bewerber trotz seines polnischen Namens Deutscher sei.

Aus Nr. 14 des Pielgrzym
vom 1. Februar 1898:

Herr Sigismund Dobrowolski aus Schroda hat seine Apotheke in Lipine in Schlesiens für 450 000 Mk. verkauft, und beabsichtigt ein großes Gut im Großherzogthum Posen anzukaufen, oder auch ein Fabrikunternehmen, wie ein solches im Großherzogthum noch nicht vorhanden ist, zu gründen.

Aus Nr. 23 des Goniec Wielkopolski

vom 29. Januar 1898:

Polnischer Unterricht.

Lissa.

Wie viele andere Sachen an der Grenze der Provinz nur im Schneidengang sich vorwärts bewegen, so verhält es sich auch mit der Ertheilung des Unterrichts in der Muttersprache. Gibt es denn wirklich in unserer Stadt Niemanden mehr, der sich der Sache annähme? Wir haben doch so viele gebildete, vollständig unabhängige, von ihrem Kapital lebende Leute! Vielleicht findet sich eine mitleidige Polin oder ein das arme Vaterland wirklich liebender Mensch unter ihnen, der sich dieser dringenden und nöthigen Angelegenheit, des polnischen Lese- und Schreibunterrichts annimmt. Bromberg hat in dieser Beziehung den ersten Schritt gethan! Nehmen wir uns ein Beispiel an dieser Stadt, in welcher das Bedürfnis ebenso groß ist, wie bei uns, wo unsere Kinder so viel Gelegenheit zur vollständigen Verdeutschung haben. Mit Bedauern müssen wir leider einräumen, daß die Verdeutschung unserer zukünftigen Geschlechter hier an der Grenze der Provinz schnell fortschreitet.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 26 der Gazeta Toruńska
vom 2. Februar 1898:

Die polnische Fraktion und die Wahlen.

Wir haben seiner Zeit die in der polnischen Wählerversammlung der Stadt Posen gefaßte Resolution veröffentlicht, durch welche der dortige Reichstagsabgeordnete Stefan Cegielski aufgefordert wurde:

- 1) in der polnischen Fraktion gegen die Unterstützung des Regierungsprojekts, betreffend die Flottenfrage, zu stimmen,
- 2) wenn die Mehrheit der Fraktion sich für dieses Projekt erklären sollte, sich der Abstimmung durch Nichterscheinen zu enthalten.

Der oben erwähnte Beschluß wurde in vorschriftsmäßiger Weise in einer ordnungsmäßig zusammenberufenen Wählerversammlung gefaßt. Es steht daher einem Jeden frei, zu kritisiren, ob derselbe nützlich sei oder nicht; ihm aber seine Berechtigung abzusprechen, dazu hat Niemand ein Recht.

Man muß nunmehr fragen, mit welchem Recht dieses diejenigen Blätter thun, welche die Bobrower Bürger deswegen der Empörung beschuldigten, weil dieselben öffentlich nach ihrem Komitee gefragt und es aufgefordert hatten, die Wahlarbeit aufzunehmen. Das war keine Empörung, aber Empörung ist, wenn dem Posener Komitee und den Wählern das Recht abgesprochen wird, ihrem Abgeordneten Fingerzeige zu geben, obgleich sich Niemand auf das Wahlreglement oder einen Delegirtenbeschluß berufen kann.

In unglücklichster Weise wurde in diese Angelegenheit die polnische Fraktion hineingezogen, denn die Abgeordneten vermögen doch nicht einseitig ihr Verhältniß zu den Wählern zu regeln. Indessen hat die polnische Reichstagsfraktion kundgethan, daß „die kategorischen Forderungen der Wähler auf die sachlichen Beschlüsse der polnischen Fraktion einen entscheidenden Einfluß auszuüben nicht im Stande seien“, das heißt mit anderen Worten, daß selbst wenn die Wähler aller Kreise sich gegen das Regierungsprojekt erklären würden, aber irgend ein geheimnißvoller Brief elf Abgeordnete für das Regierungsprojekt gewinnen sollte (es wird hier auf den seiner

Zeit angeblich von dem Erzbischof v. Stabłowski in Sachen der Marinevorlage vom Jahre 1893 an die Polenfraktion gerichteten Brief angespielt. Red. d. Ges.-Ueberbl.), nicht nur diese elf das Recht besitzen würden, für dieses Projekt zu stimmen, sondern es würden hierzu auch die übrigen Abgeordneten verpflichtet sein, im Widerspruch mit ihrer eigenen Ueberzeugung und entgegen dem Wunsche der Gesamtheit. Selbstverständlich haben die Wähler kein Recht, gegen einen Abgeordneten wegen seiner Stimmenabgabe einen Prozeß anhängig zu machen oder ihm sein Mandat zu nehmen, denn in allen Verfassungen der Neuzeit ist im Interesse der Regierung und des Staates die Bestimmung aufgenommen, welchen Abgeordneten völlige Unabhängigkeit zusichert, und daher könnten die polnischen Abgeordneten ungestraft sogar für Gesetze stimmen, welche geradezu gegen die Polen und die Katholiken gerichtet wären.

Aber neben dem Buchstaben der Verfassung, der Moral und Ehrenhaftigkeit existiren noch Grundsätze. Nach den in der ganzen Welt geltenden Grundsätzen ist jeder Abgeordnete nur der Vollstrecker des Willens seiner Wähler; wenn sich die Ueberzeugung des Abgeordneten mit dem Willen der Wähler nicht deckt, so pflegt dieser ihnen sein Mandat zur Verfügung zu stellen. Thäte er dies nicht, dann würde er im Reichstage einen sehr schweren Stand haben, denn es würde ihm dann bei jeder Gelegenheit vorgehalten werden, daß er Niemanden repräsentire, daß er das Vertrauen seiner Vollmachtgeber getäuscht habe u. s. w. Die Wähler dagegen pflegen diejenigen Abgeordneten, welche ihren Weisungen keine Beachtung schenken, damit zu strafen, daß sie deren Kandidatur bei den nächsten Wahlen beseitigen, wenn aber die gesammte Fraktion so handelt, gehen die Wähler in ein anderes Lager über. So pflegt es auf der ganzen Welt zu geschehen.

Die Mehrheit der polnischen Fraktion im Reichstage vertraut augenscheinlich darauf, daß wir Polen nur solche Abgeordnete wählen können, welche der polnischen Fraktion beizutreten sich verpflichten und auch unserer Ansicht nach müssen wir in der That von unsern Abgeordneten verlangen, daß dieselben dieser Fraktion beitreten; es sind uns aber auch gegenwärtige Aeußerungen bekannt geworden. Es mangelt in Westpreußen nicht an hervorragenden und einflußreichen Leuten, welche folgenden Schluß ziehen: „Das Großherzogthum entsendet in den Reichstag vorwiegend Abgeordnete, welche in der Fraktion für die Militär- und ähnliche solche Vorlagen stimmen, welche die westpreußischen Abgeordneten bekämpfen, aber die Fraktionsabstimmungen gebieten letzteren mit der Mehrheit zu stimmen. Aus diesem Grunde und auch mit Rücksicht darauf, daß die Regierung das Großherzogthum anders behandelt als die anderen polnischen Landestheile, mußte man darnach trachten, eine „katholische Fraktion“ aus den in Westpreußen, Ermeland und Oberschlesien gewählten Abgeordneten zu begründen, welche in nationalen Angelegenheiten mit der „polnischen Fraktion“, in religiösen Angelegenheiten mit dem Centrum Hand in Hand ginge, in anderen Angelegenheiten aber selbständig aufträte und in Sachen, welche weder Religion noch Nationalität betreffen, den einzelnen Abgeordneten möglichst große Freiheit ließe.“

Wir sind grundsätzlich gegen ähnliche Vorschläge und deshalb veröffentlichen wir die für sie eintretenden Briefe nicht. Wir sind aber dafür, daß die polnischen Abgeordneten aus allen Provinzen und also auch aus Schlesien der polnischen Fraktion angehören, aber die all zu übertriebene Geneigtheit derselben, Regierungsprojekte für den Preis von zu Gunsten Polens gemachten Versprechungen zu unterstützen,

hat unsere Brüder in Oberschlesien nicht nur gegen die Abgeordneten, sondern sogar gegen die polnische Gesamtheit ungünstig gestimmt und hat in Ermeland das Vertrauen zu unserer Volksvertretung geschwächt.

Die jüngste Erklärung wird das Ansehen der Fraktion sicherlich weder unter den Wählern des Großherzogthums, noch in anderen Landestheilen vermehren. Es sollten dies alle diejenigen in Ermeland ziehen, welche aufrichtig um die Solidarität der polnischen Abgeordneten besorgt sind, auf welche sich die Gegner der von den Posener Wählern gefaßten Resolution berufen. Die Solidarität erfüllt übrigens nicht immer ihren Zweck, wenn es sich darum handelt, gegen die Regierungsprojekte zu stimmen, denn es ist z. B. Thatsache, daß vor nicht all zu langer Zeit, als die Reichstagsfraktion gegen eine gewisse Position des Marineetats zu stimmen beschloß, ein Theil der Abgeordneten in Berlin nicht erschien und daß einer der einflußreichsten Abgeordneten, der sich im Reichstagsgebäude befand, sich zur Abstimmung nicht einfand, obgleich nach ihm gesandt wurde. Dieser Abgeordnete rechtfertigte seine Stellungnahme nicht durch „besondere Gründe“, deren das Reglement der Fraktion Erwähnung thut, und trotzdem hat ihm Niemand, weder in der Fraktion noch in den Zeitungen einen Vorwurf darüber gemacht, daß er die Solidarität gebrochen habe. Auch wir verurtheilen diesen Abgeordneten nicht, denn wir wissen, daß er mit der Auffassung der höchsten Kreise rechnen muß, aber wir verlangen, daß in eben demselben Maßstabe die Ansichten der Wähler berücksichtigt werden.

In jedem Falle, wir wiederholen es mit Nachdruck, können die Abgeordneten nicht einseitig ihr Verhältniß zu den Wählern bestimmen.

Wenn die Fraktion meint, daß ihr mit Rücksicht auf unsere Ausnahmelage größere Unabhängigkeit nothwendig sei, so möge sie ihr Reglement einer gründlichen Revision unterziehen und es dem Kreis-Delegirtenrathe zur Bestätigung vorlegen. Nur ein auch von unseren Wahlbehörden bestätigtes Statut wird beide Seiten verpflichten, nicht nur die Abgeordneten, sondern auch die Wähler.

Aus Nr. 13 der Gazeta Grudziadzka
vom 29. Januar 1898:

Zeng.

Eine Versammlung des Volksvereins „Oświata“ fand am 16. Januar unter großer Betheiligung der Mitglieder statt. Die neuen Satzungen wurden angenommen und der Name des Vereins geändert. Er heißt jetzt „Volksverein für Aufklärung und Sparsamkeit unter der Hut der Mutter Gottes.“ Zum Zweck des Vereins wurde bestimmt: 1) Gegenseitige Belehrung in jeder Angelegenheit, 2) Hinterlegung der Ersparnisse in der Vereinskasse und Gewährung von Darlehen an Bedürftige. Das Eintrittsgeld beträgt 20 Pf. In der Vereinskasse kann man mindestens 50 Pf. und höchstens 1000 Mk. an Ersparnissen unterbringen. Für die eingezahlten Summen bürgt der ganze Verein. So sind wir endlich dahin gelangt, wohin wir kommen wollten. Am 20. Februar soll hier eine Volksbank gegründet werden, die hier sehr nöthig ist.

Aus Nr. 12 der Gazeta Gdańska
vom 27. Januar 1898:

Rechtswidrige Forderung.

In Alt-Riszewo wird am 6. Februar eine Liebhaber-Theatervorstellung zu wohlthätigen Zwecken veranstaltet. Herr Wladislaus Rudnicki aus Blumenfeld meldete dieselbe als Veranstalter unter dem 20. d. M. der Polizeibehörde an, unter Beifügung des Textes „Vor der Verheirathung“ und „die Mitgift im Schornstein“, wobei er hinzufügte, daß die Theater-vorstellung zu Zwecken der Verschönerung der Kirche in Alt-Riszewo veranstaltet werden solle. Diese Anmeldung geschah rechtzeitig und entsprach den gesetzlichen Bestimmungen.

Der Herr Amtsvorsteher sandte jedoch Herrn Rudnicki die polnischen Texte mit folgendem Begleitschreiben zurück:

„An den Herrn Antragsteller

mit dem ergebenen Bemerken zu remittiren, daß ich nach dem Gesetze, betr. die Geschäftssprachen der Behörden, Beamten und polnischer Körperschaften vom 28. August 1876 die gewünschte Genehmigung zur Aufführung der nebenbezeichneten polnischen Liebhaber-Theaterstücke nur dann zu ertheilen im Stande bin, wenn die Beilegung einer deutschen Uebersetzung erfolgt.

Rudba, 24. Januar 1898.

Der Amtsvorsteher
gez. Kröhnke.“

Die Gazeta Gdańska weist im Anschluß an obige Mittheilung auf das f. Z. in Sachen Porzuch-Laschin vom Oberverwaltungsgericht gefällte Urtheil vom 11. Mai 1897 D.-B. Nr. 1736 hin, rath dem p. Rudnicki, unter Berufung auf dieses Erkenntniß die Anmeldung der Theatervorstellung in derselben Form zu wiederholen und sich event. beschwerdeführend an die höhere Behörde zu wenden, falls der Amtsvorsteher auf seiner Forderung beharren sollte. Ferner solle Rudnicki den Beamten wegen Erstattung der durch dessen Verhalten verursachten Unkosten gerichtlich belangen.

Aus Nr. 13 der Gazeta Gdańska
vom 29. Januar 1898:

„Wurm“ oder „Robaczynski“.

Gestern früh 9 Uhr hatte Herr Bronislaw Michael Robaczynski, Bureauvorsteher aus Danzig, Termin vor dem Inspektor der Kriminalpolizei. Dieser erklärte dem Vorgeladenen, derselbe solle sich auf die Verfügung der Staatsanwaltschaft in Graudenz hin von jetzt an „Wurm“, nicht „Robaczynski“ schreiben; wenn er sich dieser Anordnung nicht fügen werde, drohe die königliche Staatsanwaltschaft einen Prozeß gegen ihn anhängig zu machen. Sogar das Protokoll begann in der üblichen amtlichen Form: „Es erscheint der Bureauvorsteher Bronislaw Wurm“, und wurde daselbe in der Folge Herrn Robaczynski zur Unterschrift vorgelegt. Herr Robaczynski unterschrieb das Protokoll jedoch nicht, sondern erklärte dem Kriminal-Polizeinspektor direkt, er werde sich auch in Zukunft mit dem Namen unterschreiben, auf welchen sein Taufschein und seine Militärpapiere lauteten, und den sein Vater, Großvater und Urgroßvater getragen hätten, was er auf Grund vorzulegender kirchlicher Geburtsatteste beweisen könne. Der königlichen Staatsanwaltschaft aber stellte Herr Robaczynski anheim, gegen ihn Klage anzustrengen.

Wie wir aus vorgelegten Dokumenten uns zu überzeugen Gelegenheit hatten, ist die Familie Robaczynski seit langen Jahren in Schwes in Westpreußen anäßig. Der kirchliche Geburtschein erweist ausdrücklich, daß Herr Bronislaw Michael Robaczynski am 10. Dezember 1874 in Schwes geboren ist, ebenso beweist auch der auf den Namen „Robaczynski“ ausgestellte Militärpaß, daß der Genannte bei dem 4. Westpreussischen Grenadierregiment Nr. 5 in Danzig seiner Militärpflicht genügt hat. Aus einem zweiten Geburtschein ist zu ersehen, daß sein Vater Michael Robaczynski am 22. September 1850 in Schwes geboren ist. Aus einem dritten Taufschein endlich erfährt man, daß August Christian Robaczynski, der Großvater, am 26. Dezember 1819 ebenfalls in Schwes geboren worden ist, und daß dessen Eltern, die Johann und Dorothea, geb. Gonsienicka, Robaczynskischen Eheleute sind. Dieser Name hat sich also vom Vater auf den Sohn vererbt, und in keinem Dokumente ist eines „Wurm“ erwähnt. — Fürs erste beschränken wir uns darauf, die Thatsache und obige kurze Auszüge anzuführen, für welche wir bürgen können. Neugierig sind wir, wie sich die Sache weiter entwickeln wird.

Aus Nr. 22 des Dziennik Poznański
vom 28. Januar 1898:

Die masurische Gazeta ludowa

macht bekannt, daß in der in Lych, in der Wohnung des Redakteurs Karl Bahrke abgehaltenen Komiteefitzung der masurischen Volkspartei folgendes Programm angenommen worden ist: 1) Vereinigung der Gemeinde mit dem Gutshofe. 2) Gerechtere Vertheilung der Schullasten auf die Güter. 3) Gerechtere Vertheilung der Kosten für öffentliche Wegebauten. 4) Regelung der Armenlasten in den Gemeinden. 5) Uebertragung der Ortspolizeigewalt an den Gemeindevorsteher. 6) Wahl des Amtsvorstehers durch die Gemeinde. 7) Stärkere Vertretung der Ackerwirthe in den Kreistagen und den Landwirthschaftskammern. 8) Leichtere Benutzung des Meliorationsfonds seitens der bäuerlichen Wirthe. 9) Ermäßigung der Eisenbahntarife für chemischen Dünger. 10) Verpachtung der königlichen Domänen an Bauern, d. h. mittelst Parzellirung derselben. 11) Aufhebung der Majorate. 12) Wahrung der Religion und der Muttersprache. 13) Einführung des Kleingewerbes in Masowien zwecks Erhaltung des Arbeiters im Lande. 14) Bau eines masurischen Kanals über Orschesche, Lych, Rajgrad u. s. w.

Die „masurische Volkspartei“ verlangt überhaupt ein gleiches Recht für Alle, ohne Unterschied des Standes und der Person, eine Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts; Gewährung von Diäten für die Reichstagsabgeordneten; Erhaltung einer allgemeinen, gleichen, geheimen Reichstagswahl und Einführung einer gleichen Wahl auch für den Landtag. Die vorbezeichneten Forderungen sollen den Parlamenten in Wort und Schrift vorgelegt werden.

Auch Angesichts eines solchen, fast ausschließlich sozial-ökonomischen Programms nehmen die Minister keinen Anstand, eine großpolnische Agitation unter den Masuren zu wittern. Die masurische Bewegung ist vollständig selbständig als eine Reaktion gegen den politischen Terrorismus des ostpreussischen Junkerthums entstanden und in ihren Protesten nähert sich dieselbe mehr dem Programm der freisinnigen Volkspartei, als dem nationalen Programm

der Polen. Von unserer Gegend aus wird die Bewegung nicht geleitet. Wer anders behauptet, der spricht nicht die Wahrheit.

Aus Schlessien.

Aus Nr. 22 des Dziennik Berliński
vom 28. Januar 1898:

Wir erhalten von dem neu begründeten Verein polnischer Industrieller in Breslau folgende Mittheilung mit der Bitte, dieselbe zu veröffentlichen:

„Der Verein polnischer Industrieller in Breslau macht den geschätzten Interessenten, welche persönlich nach Breslau kommen, um hier oder in der Umgegend irgend welche Aufträge zu erledigen mit Nachstehendem bekannt, daß zur Bequemlichkeit und zum Schutz vor unnötigen Verlasten und Ausbeutungen einzelner Personen unserer Gesellschaft, insbesondere aber derjenigen, welche die deutsche Sprache nicht hinreichend beherrschen und mit den hiesigen Verhältnissen nicht hinreichend vertraut sind, in der Nähe des Oberschlesischen (Zentral-) Bahnhofes in der Taschenstraße Nr. 51, auf Anregung des Vereins von einem der Mitglieder ein Informations-Bureau eingerichtet worden ist, welches gleichzeitig Aufträge jeder Art erledigt.

Die Thätigkeit des Bureaus wird darin bestehen: für eine mäßige Vergütung, wovon ein Theil in den hier bestehenden Fonds „Przytulisko“ fließen soll, den persönlich hier weilenden oder sich brieflich an das Bureau wendenden Personen die verlangten Informationen zu erteilen, sowie alle Aufträge gewissenhaft zu erledigen, und endlich sich aller Unbemittelten, welche hierher kommen, um Arbeit zu erlangen, in uneigennütziger Weise anzunehmen.

Die Adresse des Bureaus lautet: C. Kotarski, Breslau, Taschenstraße Nr. 51.“

Aus Nr. 14 des Katolik
vom 1. Februar 1898:

Alt-Berun.

Bei der gestern stattgefundenen Stadtverordnetenwahl wurde an Stelle des wegen Krankheit auscheidenden Bürgers Joseph Lubecki der Bürger Joseph Blaszczyk gewählt. Von den 25 abgegebenen Stimmen erhielt derselbe 23, während sein Gegner Joseph Seibert nur 2 Stimmen erhielt; 11 Wähler enthielten sich der Abstimmung. Es ist dies also ein glänzender Sieg auf unserer Seite, den unsere Gegner garnicht erwartet haben, indem sie fest davon überzeugt waren, daß sie ihren Kandidaten durchbringen würden. Ehre sei also den Männern, die in dieser Sache thätig waren und sich so sehr um dieselbe verdient gemacht haben.

Aus Nr. 9 der Praca (Beiblatt zum Katolik)
vom 18. Januar 1898:

Königin Louifengrube.

Wir haben eine lange, sehr gefährliche Arbeit. Wir sind in der hiesigen Grube als Anschläger beschäftigt und arbeiten 12 Stunden ohne Unterbrechung. Die Arbeit ist folgende: Von 5 bis 6 Uhr früh er-

folgt das Hinabfahren in die Grube; von 6 bis 3 Uhr Nachmittags werden Kohlen befördert und von 4 Uhr ab fährt entweder die Brandwache hinunter oder es werden, wenn irgend eine Reparatur auszuführen ist, Zimmerleute in den Schacht hinunter gelassen und so haben wir während 12 Stunden keine Ruhe. Wenn die Brandwache kommt, so werden die einen Arbeiter nach oben, die anderen nach unten befördert. Kommen dagegen die Zimmerleute angefahren, so müssen wir auch am Schacht stehen und auf das Signal aufpassen. Dies kann man doch nicht als Pause betrachten. Wenn z. B. die Maschinisten eine achtsündige Schicht haben und es arbeiten ihrer zwei, so wechseln sie alle zwei Stunden ab. Die Anschläger halten aber den Schacht in ordnungsmäßigem Zustande, ohne sie kann auch nicht eine Schaafe hinauf befördert werden. Ueberdies drücken alle Schächte die frische Luft nach unten, in Folge dessen ist es sehr kalt, namentlich, wenn unter dem Schacht sich Wasser ansammelt. Der Anschläger ist die ganzen zwölf Stunden über naß.

Bei einer derartigen Beschäftigung kann natürlich Niemand lange aushalten. Wir wünschen eine achtsündige Arbeitszeit. Mögen sich unsere Abgeordneten der Sache annehmen. Wenn vielleicht die Anschläger in anderen Gruben länger denn acht Stunden arbeiten, so ist doch damit nicht gesagt, daß der Fiskus nicht bei uns unter den außergewöhnlichen Umständen eine achtsündige Schicht einführt und den Privatbesitzern mit gutem Beispiel vorangeht. Die fiskalischen Gruben sollen doch Musteranstalten sein.

Aus Nr. 5 der Praca (Beiblatt zum Katolik)
vom 1. Februar 1898:

Aus Oberschlesien.

Von allen Seiten hören wir jetzt nur von der Flottenvermehrung, von der Gehaltsaufbesserung der Lehrer, der höheren Beamten u. s. w. Nur von Denjenigen, die der Hilfe am meisten bedürfen, hören wir nichts, über die ist's so still, wie im Grabe. Wie oft haben nicht schon die Arbeiter um Lohnerhöhung gebeten. Um die Einführung einer einzigen Hüttenknappschacht bitten sie bereits seit drei Jahren. Bis jetzt ist aber noch nichts geschehen, die Herren verspotten obendrein noch die Arbeiter, weil es ihnen so gut geht. Hat denn der Herr einen anderen Magen, als der Arbeiter, daß er mehrere tausende Mark auf das Jahr braucht? Wie viele Arbeiter giebt es aber, die nicht einmal Eintausend Mark aufs Jahr verdienen. Davon muß der Arbeiter noch jede Kleinigkeit bezahlen, denn er besitzt weiter nichts, als seine zehn Finger, mit denen er arbeitet. Wenn die Herren den Mangel an Kriegsschiffen empfinden und ein nach Millionen zählendes Vermögen besitzen, weshalb verkünden sie das erst dem Volke? Möge doch ein jeder von ihnen eine oder zwei Millionen oder noch mehr opfern und sie werden Schiffe zur Genüge haben. Oder aber mögen sie die Arbeiter besser bezahlen und sie selbst nicht so hohe Einnahmen haben, dann könnten sie mit den Arbeitern sogar über die Vermehrung der Kriegsschiffe sprechen. Meiner Ansicht nach bekommen die Arbeiter in Oberschlesien nicht die Hälfte von dem, was sie verdienen. Die Herren haben gut reden, daß die Arbeiterbevölkerung jetzt nicht mehr zahlen brauche, wie früher. Das ist eine Unwahrheit. Früher zahlte der Arbeiter 25 Pf. monatlich, also 3 Mark jährlich an Steuern, heute muß er 24 Mark auf das Jahr zahlen. Wozu hält der Staat unnötiger Weise so viel Militär. Wenn seit dem französischen Kriege nur die Hälfte Militär weniger wäre, so könnten viele Hunderte Millionen in der Kriegskasse sich befinden. Anstatt dessen wächst

die Staatsschuld und das Elend von Jahr zu Jahr. Wenn man von der französischen Revolution liest, so kann man erfahren, daß nur das arme Volk Alles bezahlen mußte, die Reichen dagegen waren von den Abgaben frei. Einigermassen ähnlich liegt die Sache heute noch in Deutschland. Als es sich seiner Zeit um die Heeresvermehrung handelte, sagte man ebenfalls, daß nur die Reichen zahlen würden. Jetzt aber bezahlt das Volk die Steuern für die Nahrungsmittel, die Reichen dagegen zahlen nur wenig oder nichts.

Die Abgeordneten mußten solche ungeheuren Ausgaben nicht bewilligen, sondern der Regierung offen erklären, daß das arme Volk der Hilfe, namentlich der Gerechtigkeit bedarf, denn wenn Gerechtigkeit herrschte, würde Alles besser sein. Das Volk kennt aber die Abgeordneten nur den Namen nach. Die Arbeiter denken bei all der Güte — wie die Herren es nennen — auch darüber nach, wie viele der Herren das Leben einbüßen, oder ihre Knochen, Arme und Beine brechen, wie das tagtäglich bei den Arbeitern vorkommt. Der Arbeiter verläßt das Haus, doch er weiß nie, ob er auch noch gesund zurückkehrt! Und dabei muß er Noth leiden, die Herren behaupten aber, es ginge ihm gut. Ein solches ist das Loos des Arbeiters dafür, daß er für die Herren Millionen verdient und dabei sein eigenes Leben und seine Gesundheit der Gefahr aussetzt.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 13 der Gazeta Ostrowska
vom 29. Januar 1898:

Dresden, den 22. Januar 1898.

Ich erlaube mir der verehrten Gazeta Ostrowska zu berichten, daß am Sonntag den 15. v. Mts. unsern Verein ein polnischer Geistlicher besucht hat, und zwar der ehrwürdige Pfarrer Johann Langier. Auf seiner Reise durch Deutschland kam Pfarrer L. nach Dresden um die hiesige Bildergalerie zu besichtigen und er wußte nicht, noch dachte er daran, daß wir hier einen polnischen Verein besitzen. Durch reinen Zufall traf er mit dem Vorsitzenden zusammen und dieser machte ihn mit den hiesigen Verhältnissen bekannt. Pfarrer L. leistete der Einladung gern Folge und am Sonntag um 2 Uhr erschien er in der Sitzung des Vereins. Das Eintreffen des polnischen Pfarrers war völlig unerwartet und unverhofft und es war zu spät um die freudige Neuigkeit unter den in der ganzen Stadt und den Vororten zerstreuten Landsleuten zu verbreiten. Dank der durch das Pflichtgefühl hervorgerufenen eifrigen Theilnahme am Vereinsleben kamen unser soviel zusammen, daß der Sitzungsaal vollständig gefüllt war.

Pfarrer L. übernahm auf Wunsch den Ehrenvorsitz an diesem Tage, und nachdem er die Versammelten herzlich begrüßt hatte, verlas er zuerst das heilige Evangelium, und hielt darauf in warmen, allen nicht nur verständlichen, sondern auch zu Herzen gehenden Worten eine Ansprache, wobei er zum Zusammenschluß, zur Eintracht und Ausdauer aufforderte. Die Belehrung und die Rathschläge des Pfarrers L. waren sehr zeitgemäß und erwünscht, und so wurde denselben wie einer Predigt in der Kirche Gehör geschenkt. Viele im Kampfe mit Widerwärtigkeiten Erlahmte wurden dem Polenthum wiedergewonnen. Wenn das doch öfters geschähe!

Am Montag besichtigte Pfarrer L. die Stadt und deren Sehenswürdigkeiten, besuchte auch einige

Polen in ihrer Wohnung und hielt Abends eine Ansprache in dem Verein polnischer Industrieller. Am Dienstag hörte Pfarrer L. Beichte, las eine Messe in der Hofkirche und fuhr darauf nach Berlin, von wo er sich nach Posen begeben sollte. In Posen wird Pfarrer L. dem hochwürdigen Erzbischof unsere Petition in der Angelegenheit betreffend Erwirkung polnischen Gottesdienstes für uns in Dresden überreichen.

In dieser Angelegenheit erhielt Herr Slupianek in Folge einer in der letzten Versammlung entsandten Bitte, die Antwort im Namen des Bischofs Dr. Wahl, daß die geistliche Behörde nichts dagegen habe, daß in Dresden von Zeit zu Zeit polnischer Gottesdienst stattfindet, aber der Geistliche, welcher denselben abhalten wolle, müsse zuvor seine Legitimationspapiere dem Konsistorium übersenden, und dieses werde dann die Einwilligung im Ministerium nachsuchen. Ohne Einwilligung des Ministeriums könne die geistliche Behörde selbst nichts thun. Am Schluß giebt uns der Bischof Dr. Wahl den Rath, wir sollten uns mit unserer Bitte an den Erzbischof in Posen wenden, und dieser, welcher soviel polnische Geistliche besitze, werde unsere Wünsche zu erfüllen vermögen.

Indem ich die geehrte Redaktion und ihre Leser grüße bin ich

Achtungsvoll

J. Slupianek.

(Anmerkung: Ein Pfarrer Langier ist hieselbst unbekannt; möglich, daß obige Mittheilung sich auf den ersten Vikar an der hiesigen St. Martinkirche, Felix Langner bezieht.

Redaktion des Gesamt-Überblicks.)

Aus Nr. 10 des Wiarus Polski
vom 25. Januar 1898:

Geistliche Fürsorge.

Herr Propst Treder aus Krone a. Br. schreibt uns was folgt:

Krone, 20. Januar 1898.

Ich bitte, die irrige, meinen Bruder betreffende Zuschrift vom 18. Januar zu berichtigen. Mein Bruder Pfarrer Konstantin Treder ist in die Diözese Köln eingetreten und wird dieser Tage vom Herrn Kardinal angestellt werden. Mein Bruder hat sogar nie daran gedacht, sich der Seelsorge an den Polen in der Fremde zu weihen, und fügt sich in Allem dem Willen des Herrn Kardinal-Erzbischofs.

Mit Achtung ergebenst

Pfarrer Treder, Propst.

Der Wiarus giebt der Hoffnung Ausdruck, daß der Kardinal den in Rede stehenden, angeblich des Polnischen vollständig mächtigen Geistlichen, in Betracht des Mangels an solchen Pfarrern, zum Seelsorger der Polen im Westen bestimmen werde.

Aus Nr. 10 des Wiarus Polski
vom 25. Januar 1898:

Der Barbaraverein in Bochum

hatte im Jahre 1897 eine Einnahme von 715,50 Mark und eine Ausgabe von 691,68 Mark, bei einer Mitgliederzahl von zuletzt 115 Personen. 23 Personen wurden insgesammt 252,50 Mark Unterstützung und

in drei Fällen Sterbegelder in Höhe von zusammen 90 Mark gezahlt. Den Vorstand bilden folgende Personen: Vorsitzender Joh. Madejka, Vertreter Andreas Budzynski, Schriftführer Vinzent Sobczak, Vertreter Franz Namyst, Bibliothekar Joh. Budzynski, Vertreter Albert Przychla, Kassirer J. Santowiat, Vertreter Joh. Stawowy, Kassenrevisoren Wladislaus Jalkiewicz und Simon Zendraszek. Der Krankenkommision gehören: Stanislaus Adamski, Theodor Krzejewski, Andreas Budzynski und Franz Smiech.

Aus Nr. 10 des Wiarus Polski
vom 25. Januar 1898:

Der St. Stanislausverein in Schaffe,

welcher gegenwärtig 82 Mitglieder zählt, hat im Jahre 1897 zwölf Sitzungen abgehalten. Kranken Mitgliedern sind zusammen 151 Mk. Unterstützung gewährt worden. Die Vereinskasse hatte 484,75 Mk. Einnahme und 471,10 Mk. Ausgabe. Den Vorstand bilden: Vorsitzender Johann Sommerfeld, Vertreter Karl Kandzia; Schriftführer Michael Lengowski; Vertreter Adam Zawacki; Schatzmeister Joseph Dyzkowski, Vertreter Valentin Lengowski; Bibliothekar Johann Niemierz; Kassenrevisoren W. Suraj und J. Rowalik.

Aus Nr. 11 des Wiarus Polski
vom 27. Januar 1898:

B e r i c h t über die Thätigkeit des Vereins „Jednosć“ unter dem Patronat der heiligen Methodius und Cyrillus in Langendreer für das Jahr 1897.

Langendreer.

Der Verein zählte insgesamt 210 Mitglieder, unter welchen sich 67 nichtzahlende Mitglieder befanden; 3 wurden zum Militär eingezogen, 5 begaben sich in ihre Heimath zurück und 2 starben, so daß für das laufende Jahr 133 aktive Mitglieder verbleiben. Versammlungen hielt der Verein 26 ab und zwar: 20 ordentliche, 2 außerordentliche und 4 Vorstandssitzungen. Zur heiligen Kommunion begab sich der Verein fünfmal. Mit der Fahne trat er achtmal auf. Er ließ zwei heilige Messen für die verstorbenen Mitglieder und drei für das Wohlgelücken des Vereins lesen. Vergnügungen veranstaltete der Verein 2, ebenso die Oster- und Weihnachtsfeier. Die Einnahmen des Vereins betrugen 504,29 Mk., die Ausgaben 412,39 Mk., es verblieben demnach in der Kasse 91,90 Mk. Zum Vorstand gehören folgende Herren: Adalbert Skulecki als Vorsitzender, Johann Lamenta dessen Stellvertreter, Kaspar Kaczmarek als Schriftführer, J. Zynda dessen Stellvertreter, Josef Rubiak als Kassirer, Felix Strozysk dessen Stellvertreter, St. Lorych als Bibliothekar, Fr. Chalupta dessen Stellvertreter, Michael Zyndak und J. Grycz als Kassenrevisoren. Zur ersten Fahne: Fr. Berg II als Fahnenträger, St. Zendraszek und Johann Michalak I als Fahnenjunker, deren Stellvertreter Fr. Berg I, M. Klemczak und Johann Urban; zur zweiten Fahne: Stephan Zankowski, Josef Mleczak und Chrysostomus Mleczak, als deren Stellvertreter: Michael Lewandowski, Antonius Dombrowski und St. Gruchla, als Mar-

schelle: St. Sipowicz und Adam Koforniak, deren Stellvertreter: Josef Moga II und St. Szymanowski.

Die Versammlungen finden an jedem zweiten und vierten Sonntag jedes Monats statt.

Kaspar Kaczmarek, Schriftführer.

Aus Nr. 11 des Wiarus Polski
vom 27. Januar 1897:

Jahresbericht des Vereins des heiligen Lorenz für die Zeit vom 10. Januar 1897 bis 9. Januar 1898. Castrop.

Der Verein hielt im verflossenen Jahre 31 Sitzungen, darunter vier Vorstands-, zwei General- und eine außerordentliche Sitzung ab.

Mitglieder zählte der Verein am Anfang des Jahres 143, neu hinzugetreten sind 34, unter diesen befinden sich 119 zahlende Mitglieder; drei traten zu anderen Vereinen über, drei wurden zum Militär eingezogen, vier kehrten in ihre Heimath zurück, acht traten wegen Arbeitsveränderung aus, einer ließ sich streichen und 39 bezahlten aus unbekannten Gründen die Monatsbeiträge nicht. Mit der Fahne trat der Verein zehn Mal auf. Vergnügungen veranstaltete derselbe zwei, ebenso beging er gemeinschaftlich das Oster- und Weihnachtsfest. Außerdem schaffte sich der Verein eine neue Fahne an. Ein polnischer Geistlicher war sieben Mal in Castrop. Zur heiligen Kommunion begab sich der Verein gemeinschaftlich ein Mal. Heilige Messen ließ derselbe zwei lesen und zwar eine für die verstorbenen Mitglieder, die andere auf das Wohl des Vereins. Einnahmen hatte der Verein 688,18 Mark, 500 Mark wurden aus der Sparkasse herausgenommen, zusammen also 1188,18 Mark. Die Ausgaben betrugen 1181,72 Mk. Bestand aus dem verflossenen Jahre 6,46 Mark, aus dem Jahre 1896 verblieben 179,06 Mark, demnach verbleiben für das Jahr 1898 185,52 Mark.

Der Verein besitzt auch eine Bibliothek, welche sich aus 180 Büchern zusammensetzt, die Eigenthum des Volksbibliothekenvereins in Posen sind. Von Zeitungen abonniert derselbe den Wiarus Polski, Goniec Wielkopolski und den Wielkopolanin; die Mitglieder abonniren zum größten Theil den Wiarus Polski. In den Vorstand wurden folgende Herren gewählt: Julian Piechowiak als Vorsitzender, Adalbert Golembzki dessen Stellvertreter, Johann Mackowiak als Schriftführer, Thomas Bunk dessen Stellvertreter, Johann Kanarkowski als Kassirer, Lorenz Grzeskowiak dessen Stellvertreter, Valentin Jozkowski als Bibliothekar, Adalbert Siefertowski, Josef Mackowiak und Josef Hejnowicz als Kassenrevisoren. Die Versammlungen finden an jedem zweiten und vierten Sonntag jedes Monats im Saale des Herrn Böckenroth statt.

Julian Piechowiak, Johann Mackowiak,
Vorsitzender. Schriftführer.

Aus Nr. 10 des Wiarus Polski
vom 25. Januar 1898:

Wattenscheid.

Der polnische St. Josephverein in genannter Ortschaft hatte am Ende des Jahres 1897 169 aktive Mitglieder. Die Einnahme betrug im Vorjahre

692,25 Mark, die Ausgabe 602,25 Mark. In der Sparkasse hat der Verein die Summe von 598,12 Mark deponirt. Viermal erhielt er den Besuch eines polnischen Geistlichen. Es sind im Jahre 1897 24 Sitzungen abgehalten worden. Der Verein abonniert auf den Wiarus Polski. Die Bibliothek besteht aus 185 Büchern, die zum größten Theil dem Volksbibliothekenverein in Posen angehören. 52 Mitglieder haben zusammen 253 Mal von der Bibliothek Gebrauch gemacht. Der Vorstand besteht aus folgenden Personen: Ehrenvorsitzender Propst Hausmann, Vorsitzender Anton Rejsak, Vertreter Jakob Ptak, Schriftführer Fr. Fronckowiak, Vertreter Fr. Nowak, Schatzmeister Michel Matuszewski, Vertreter Anton Matuszewski, Bibliothekar Fr. Wyrwas, Vertreter Johann Pafosz, Kassenrevisoren Józ. Nowak und Th. Maczkowiak.

Aus Nr. 12 des Wiarus Polski
vom 29. Januar 1898:

Bericht über die Thätigkeit des polnisch-katholischen Vereins des hl. Hyacinth in Bottrop für die Zeit vom 27. Juni 1897 bis 23. Januar 1898.

Bottrop.

Der Verein des heiligen Hyacinth wurde am 27. Juni 1897 begründet. Die Zahl der Mitglieder beträgt 156. In ihre Heimath zurückgekehrt sind zwei Mitglieder, zum Militär eingezogen wurden 5, wegen Arbeitsveränderung ausgetreten sind 3, ihre monatlichen Beiträge durch 3 Monate hindurch nicht gezahlt haben 5 Mitglieder, welche hierdurch ihr Anrecht an den Verein verloren haben; trotzdem wurden dieselben, nachdem sie ihre fälligen Beiträge bezahlt hatten, mit Zustimmung der Mitglieder in den Verein wieder aufgenommen. Einnahmen hatte der Verein aus den Monatsbeiträgen und Eintrittsgeldern 283,50 Mark. Auf eine Fahne wurden 40,20 Mark gesammelt, auf einem Vergnügen am 2. Januar d. J. wurden freiwillige Beiträge in Höhe von 16,07 Mark gesammelt, es sind dies zusammen also 339,77 Mark. Ausgaben hatte der Verein 171,50 Mark, es verbleiben demnach in der Kasse 168,27 Mark. Der Verein nahm im vergangenen Jahre an der Feier des Stiftungsfestes des Vereins des heiligen Ignaz in Oberhausen und im laufenden Monat an 3 Festlichkeiten des Vereins des heiligen Josef in Osterfelde theil. Versammlungen fanden 7, Vergnügungen 3 statt, nämlich: am 28. November zu Ehren des heiligen Stanislaus Koska, am 4. Dezember zu Ehren der heiligen Barbara und am 2. Januar d. J. das Weihnachtsfest, verbunden mit der Gedenkfeier des 60jährigen Jubiläums der Primiz seiner Heiligkeit des glorreich herrschenden heiligen Vaters Leo XIII. Die Bibliothek setzt sich aus 78 Büchern verschiedenen Inhalts zusammen, von denen 40 Eigenthum des Vereins und 38 Eigenthum des Volksbibliothekenvereins in Posen sind. In den Vorstand wurden gewählt die Herren: Johann Paprotny als Vorsitzender, Leopold Szatka dessen Stellvertreter, Matthias Mika als Schriftführer, Leopold Procel dessen Stellvertreter, Thomas Kaluza als Schatzmeister, Simon Waskowiak dessen Stellvertreter, Paul Grobelny als Bibliothekar, G. Piontek dessen Stellvertreter; Josef Ottawa und Franz Mandrysz als Schöffen, E. Glenc und Johann Swoboda als Kassenrevisoren. Alle unsern Verein betreffenden Briefe bitten wir zu Händen des Vorsitzenden zu übersenden.

Johann Paprotny,
Vorsitzender.

Matthias Mika,
Schriftführer.

Aus Nr. 12 des Wiarus Polski
vom 29. Januar 1898:

Bericht über die Thätigkeit des Vereins der heiligen Barbara in Oberhausen.

Oberhausen.

Der am 24. Januar 1897 begründete Verein der heiligen Barbara zählte bis zum 1. Januar 1898 insgesamt 111 Mitglieder. Von diesen gingen zwei zum Militär, 13 wurden in Folge unregelmäßiger Zahlung der Monatsbeiträge gestrichen, so daß für das laufende Jahr 96 zahlende Mitglieder verbleiben. Der Verein hielt 19 ordentliche und 3 außerordentliche Versammlungen ab. Einnahmen besaß der Verein 854,90 Mark, Ausgaben 752,60 Mark, es verblieben demnach in der Kasse 102,30. Mit der Fahne trat der Verein vier Mal auf. Er veranstaltete ein Vergnügen mit Theater am Tage der Fahnenweihe, außerdem beging er die Oster- und Weihnachtsfeier. Der Vorstand wird von folgenden Mitgliedern gebildet: Ehrenvorsitzender ist Pfarrer Hortmann, Vorsitzender Konstantin Makala, dessen Stellvertreter Simon Linka, Schriftführer Josef Dera, dessen Stellvertreter Adalbert Perny, Schatzmeister Johann Goszc, dessen Stellvertreter M. Mitolajczak, Bibliothekar Karl Nowacki, dessen Stellvertreter St. Goszc, Revisoren J. Mitolajczak, M. Dera, M. Jaszkowiak und J. Karolewski.

K. Makala,
Vorsitzender.

J. Dera,
Schriftführer.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 3 der Gazeta Robotnicza
vom 15. Januar 1898:

Aus Bytkow

erhalten wir folgendes Schreiben:

Die sozialdemokratische Versammlung in Neustadt D. S. hat uns nicht befriedigt, weil dort kein brüderliches Einvernehmen geherrscht hat. Dr. Winter hat eine nationale Ungeheuerlichkeit gegen uns zu Tage gefördert, welche wir in der Gazeta Robotnicza, die wir doch stets fleißig lesen, niemals entdeckt haben, nämlich, daß der Hauptzweck des Blattes die Wiederherstellung Polens sei. Was sollte uns, zum Henker, solch ein freies Polen nützen, wenn wir dieselbe Sklaverei, wie heutzutage erdulden sollten. Wenn wir jedoch von der Regierung die Freiheit unserer Muttersprache und unserer Sitten und Gebräuche nicht erlangen können, ja, wenn sogar die natürlichen und uns garantierten Rechte vergewaltigt und uns entzogen werden, so müssen wir uns an Leute wenden, die auf polnische Art und Weise unsern Willen erfüllen, wozu Dr. Winter uns durch sein Verhalten anfeuert. Das Ergebnis der Versammlung würde ferner günstiger ausgefallen sein, wenn dort mehr in polnischer Sprache verhandelt worden wäre oder wenn die Hauptreden der ersten Redner übersetzt worden wären. Wir wollen annehmen, es wäre umgekehrt gewesen und man hätte in polnischer Sprache verhandelt, hätten da die deutschen Genossen, die davon nichts verstehen, antworten können? Und so ist es einigen unserer Delegirten ergangen, die weder den Genossen Dr. Winter noch den Pfannkuch verstanden haben. Eine andere, als die bisher mittelst der Gazeta Robotnicza in Oberschlesien betriebene, mehr deutsche Agitation wäre zu kostspielig und nur ein leerer Zeitvertreib. Das sozialdemokratische Programm garantirt jeder Nationalität und jedem Geschlecht Freiheit, und Gleichberechtigung und daran

halten wir fest, wer aber dem entgegentritt, der handelt ungerecht und verletzt den programmäßigen Grundsatz des internationalen Sozialismus. Die Neustädter Versammlung war denn auch nicht, wie ich bereits bemerkt habe, der Ausdruck unserer Delegierten, die meisten von ihnen kehrten heim, ohne ihre Ansicht geäußert zu haben, ich bin daher mit dem Vorschlage eines Bochumer Genossen einverstanden, daß der nächste Parteitag zu Osnabrück und sei es in Neustadt D.-S. stattfinde.

Aus Nr. 5 der Gazeta Robotnicza
vom 29. Januar 1898:

Śnowrazław.

Wer es gehört und gesehen hat, mit welcher Bereitwilligkeit die einflußreichen Kreise unserer Stadt tausende von Mark zu Denkmälern, Illuminationen und Versammlungen verschiedener Radaupatrioten fordern und bewilligen, der müßte denken, daß auch die Arbeiterveteranen, durch die sich unsere Stadt so gehoben hat, reichlich mit Nahrungsmitteln und entsprechenden Wohnungen versorgt sind. Indessen was sehen wir? An der Krämerstraße wohnt eine 69jährige arme Greisin, die noch für sich selbst sorgt. Die Wohnung besteht aus einem einzigen Zimmer, welches sie mit einem 12jährigen Mädchen bewohnt. Um die Miete bezahlen zu können, bewohnen das Zimmer noch zwei arme Almosenempfänger. Der Eine von ihnen bekommt aus der städtischen Armenkasse 9, der Andere 12 Mark monatliche Unterstützung. Am Tage gehen die beiden Greise betteln, denn für 9 und 12 Mark monatlich können sie sich nicht ernähren, Nachts über aber theilen alle vier Personen, einschließlich des 12jährigen Mädchens das einzige Stübchen. Unter solchen Bedingungen kann von einem Gesundheitszustand keine Rede sein, ob dies aber auch der Stillschick entspricht, das mögen die Leser selbst beurtheilen.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 20 der Nowa Reforma
vom 26. Januar 1898:

Die Verzeßung des Abgeordneten Cegielski. — Der offene Brief des Herrn von Roscielski.

... Man muß zugeben, daß die von der Posener Wählerversammlung beschlossene, an Herrn Cegielski über sandte Resolution sich durch ungewöhnliche Schärfe hervorthat und daß der gebieterische Ton derselben die bisher an politische Selbstständigkeit der Wähler nicht gewohnten Abgeordneten unangenehm berühren mußte. Man darf jedoch nicht vergessen, daß das jeden Charakters und jeder Entschlossenheit entbehrende bisherige Verhalten der polnischen Fraktion in Sachen der Marinefrage direkt demoralisierend auf das Land einwirkt und damit Grund zu Befürchtungen und Muthmaßungen giebt, denen man leicht durch ein der Situation entsprechendes, entschiedenes Auftreten ein Ziel setzen kann. Auf den groben Klotz gehört ein grober Keil — sagt das deutsche Sprichwort, — das in diesem Falle richtig angewendet worden zu sein scheint.

Doch nicht darum handelt es sich mir, ob die Posener Resolution allzuschärf gewesen ist oder nicht; Thatsache ist, daß sie mit der Verzeßung des Abgeordneten Cegielski in Verbindung steht. Diese

Verzeßung ist eine überaus wichtige Thatsache und von diesem Standpunkt aus muß die Resolution betrachtet werden. Sie hat dargethan, daß — Dank verschiedenen Umständen — die oppositionellen Elemente in der sogenannten Gospartei gewachsen sind und sich der Volkspartei genähert haben; andererseits hat die Volkspartei etwas an ihrer Ausschließlichkeit verloren und sich diesen von den versöhnungsparteilichen Anschauungen emanzipirten Elementen der Gospartei genähert. Auf diese Weise würde sich bei den Wahlen eine neue parteipolitische Konstellation herausbilden, deren erstes Ergebnis ein wüthender Kampf der Polen untereinander an der Wahlurne sein müßte. Mit dem Augenblick, wo der Abgeordnete Stefan Cegielski, den die Volkspartei stets als einen Vertreter der einseitigen Traditionen der Roscielskischen Politik angesehen hat, vom Kampfplatze abtritt, sind die Chancen für eine Verständigung der polnischen Parteien untereinander und für ein Zusammenwirken bei den Wahlen unermesslich in die Höhe gegangen. Betrachtet man die Sache von diesem Standpunkt aus, dann muß der Schritt des Abgeordneten Cegielski als eine bürgerliche That mit Anerkennung begrüßt werden.

Was der Abgeordnete Cegielski zu verbessern gesucht hat, das sucht Herr von Roscielski mittelst seines im Dziennik veröffentlichten „offenen Briefes“ zuschanden zu machen. Der Inhalt dieses Briefes ist, daß man für die Verstärkung der Marine stimmen müsse; wer entgegengelegter Meinung sei, handle unpolnisch und unchristlich, da er sich nicht der Einsicht, sondern von dem Gefühl der Rache leiten lasse. Die Posener Resolution sei mithin unpolnisch (!) und unchristlich, in Folge Alles dessen habe die demokratische Partei sich schwer an den nationalen Pflichten versündigt.

Ich werde mich hier nicht in eine Charakteristik der geheimnißvollen Kasuistik einlassen, mit welcher obiger Brief geschrieben ist. Beiläufig drängt sich mir die Bemerkung auf, daß er vor der vom Reichskanzler Fürsten Hohenlohe im preussischen Landtage gehaltenen Rede geschrieben worden sein muß; (Auf jeden Fall ist er nach dieser Rede veröffentlicht worden, und dafür haftet der Verfasser des Briefes. Red.) denn nach den darin enthaltenen Proben christlich-barmherziger Beweisführung würde der Verfasser gewiß nicht unterlassen, den im Evangelium gegebenen Rath in Erinnerung zu bringen: „So dir Jemand giebt einen Streich auf den rechten Backen, so biete ihm den andern auch dar!“ Die praktischen Ergebnisse dieses Briefes sind, daß man die Befürchtung hegen muß, daß die zweite, binnen Kurzem zu veranstaltende Posener Versammlung eine Resolution fassen werde, welche zur ersten im Widerspruch steht und daß diese Versammlung nach Canossa gehen werde.

Bei unserer politischen Erbärmlichkeit ist Alles möglich, um so mehr, als es viele, sehr viele Mittel und Mittelchen giebt, um auf die Gemüthung der Gesamtheit bestimmend einzuwirken. In diesem Falle wären die Ausichten auf die künftigen Wahlen wenig tröstlich, da die Parteien Brust gegen Brust kämpfen würden. Jetzt soll also unsere Posener Gesamtheit die Probe bestehen, ob sie einigermaßen konsequent und standhaft in ihren politischen Anschauungen ist, oder ob ihr erstes Auftreten eine muthige That war, vollbracht in Abwesenheit des Lehrers, der nur ein einziges Wort zu sagen braucht, um den widerspenstigen Schüler zur Ordnung zu rufen.

Aus Nr. 22 der Nowa Reforma
vom 28. Januar 1898:

Posen, 25. Januar.

In der gegen uns gerichteten Aktion der preussischen Regierung giebt sich ersichtlich eine neue Phase, in welche die Verfolgung und Ausrottung der Polen eintritt, kund. Bisher handelte es sich der Regierung hauptsächlich darum, uns aller sprachlichen Rechte zu berauben, und sie hat es ohne spezielle Gesetze dahin gebracht, daß z. B. der Gebrauch der polnischen Sprache an Gerichtsstelle oder vor Behörden als „groben Unfug“ angesehen und als solcher mit sofortiger Inhaftnahme bestraft wird. Der preussische Richter, der Polizeibeamte, die Steuerbehörden, ja, sogar der Eisenbahn-Fahrtartenverkäufer haben das Recht, die Bestrafung einer jeden Person zu verlangen, die zu ihnen polnisch spricht, denn — so heißt es — die Person könne deutsch und spotte also des Beamten, Spott an Amtsstelle aber sei „grober Unfug!“

Die polnische Sprache aus den öffentlichen Lokalen, aus den Geschäften und von der Straße zu verdrängen, danach strebt die deutsche Bevölkerung, die jede polnisch sprechende Person immer verwegener angreift. Der Boykott unserer Sprache in Schlessien und in Westpreußen ist schon soweit gediehen, daß in den Städten in den öffentlichen Lokalen polnisch — im Stillen gesprochen wird, um das deutsche Ohr nicht zu beleidigen. Furchtbarere sprechen sogar deutsch, um Skandal zu vermeiden, und wehe dem Polen, der in irgend welcher Beziehung von der Regierung oder von Deutschen abhängig ist und sich verräth, daß seine Kinder oder Frau polnisch sprechen! Hunderte von Thatfachen liegen vor, daß man solche Leute später materiell ruiniert hat. Gegenwärtig richtet die Regierung ihre Thätigkeit darauf, uns wirtschaftlich zu Grunde zu richten und zwar nunmehr nicht nur den polnischen Adel, sondern das polnische Volk, den Arbeiter, den bäuerlichen Wirth, den Städter und die Intelligenz. Die Regierung hat wahrgenommen, daß der Weg, den sie bisher gegangen, nicht zum Ziele führt, sie greift mithin zu anderen Mitteln. Bezeichnend sind besonders die in der habsburgischen Presse auftretenden Auslassungen; dieselbe beginnt gegenwärtig den Kampf gegen die breiten Massen der polnischen Bevölkerung. Dieser Tage hielt ein verbissener Feind der Polen, Eisenbahndirektor Benkenberg, einen Vortrag, worin er forderte, daß die Besitzer der westfälischen und rheinländischen Bergwerke und Fabriken keine Polen in Arbeit nehmen sollten. Deren soll es in den Industriebezirken 100 000 geben, sodaß sie 10 Prozent der örtlichen Bevölkerung bilden. Was noch interessanter ist, — die Regierung soll jene 100 Millionen nicht nur zum Aufkaufen polnischen Landes verwenden, sondern auch um das Deutschthum in den Städten zu fördern, — in welcher Weise, darüber giebt sie noch keine Aufklärung. Ungeachtet dessen, daß die Vertreter deutscher Kultur uns bei jeder Gelegenheit ins Gedächtniß rufen, wieviele Wohlthaten wir dem Umstande zu verdanken hätten, daß wir unter der preussischen Herrschaft leben, tritt die systematische Vernachlässigung der wirtschaftlichen In-

teressen der polnischen Bevölkerung auf jedem Schritt zu Tage. In jüngster Zeit ist das Projekt des Kanalbaus in Masurien deswegen fallen gelassen worden, weil das masurische Volk in nationaler Beziehung sich seiner Rechte immer mehr bewußt wird.

Zu den Vorgängen, welche unserer Zukunft viel Unheil künden, gehört das Auftreten des Herrn von Koscielski im Dziennik Poznanski mittelst eines offenen Briefes. In Herrn von Koscielski findet derjenige Theil unseres Adels, dem Aemter, Orden und Würden eine Wonne sind und welcher bereits offen verkündet, daß ein allmählicher Tod der einzige Ausweg sei, einen durch nichts abzuschreckenden Führer. Charakteristisch ist an diesem Briefe, daß Herr von Koscielski darin die Freundschaft und Verwandtschaft mit den Anschauungen des Dr. von Lebinski ableugnet, den er thatächlich Dank seinem finanziellen Einfluß zum Redakteur des Dziennik Poznanski gemacht hat und bezüglich dessen bekannt ist, daß derselbe sogar während des Kulturkampfes in seinem Blatte Wiarus der Gesamtheit „Ausöhnung“ mit der Regierung gerathen hat. Damals gab es in unserer Gesamtheit noch soviel sittliche Kraft, daß der Wiarus und dessen Redakteur vom Horizonte verschwanden.

Das heutige Hervortreten des Herrn v. Koscielski als Vertheidiger der Versöhnungspolitik muß nach den Erfahrungen, die der Genannte mit seiner Politik in letzter Zeit gemacht hat, in unserer ganzen Volksgemeinschaft Bitterkeit hervorrufen. Wenn nämlich die Schläge heute dichter auf uns herniederfallen und der preussische Chauvinismus wahrhafte Orgien feiert, so ist die Schuld daran wesentlich der Politik des Herrn von Koscielski zuzuschreiben. Den H.-R.-Eisimus und die deutschen Herausforderungen rief die Politik hervor, welche er und seine Faktore in Berlin betrieben haben, die mit angeblichen Einflüssen prahlten, welche sie auf die höchsten Berliner Kreise auszuüben behaupteten. Obgleich die H.-R.-Listen wußten, daß dieser Lärm eine Prahlerei des Herrn von Koscielski sei, versäumten sie nicht, dieselbe als drohende Gefahr für das Deutschthum hinzustellen. Nur Dank dieser unglückseligen Politik, die dem gesunden Instinkt des gesamten Volkes zuwider war, Dank den Prahlereien des Herrn von Koscielski und dessen Ankündigungen von Zugeständnissen, die „zu Ostern eintreffen sollen“, gelang es den hiesigen Deutschen, ganz Deutschland gegen uns mobil zu machen und der Regierung einen Vorwand zu um so rücksichtsloserem Auftreten zu bieten. Und trotzdem versucht Herr von Koscielski heute wiederum dasselbe Spiel, indem er die Pose eines wahren und verständigen Polen annimmt, dem sein „polnisches Herz“ und die Traditionen des polnischen „adligen Sinnes“ es nicht gestatten, die Mittel abzuschlagen, die „mit Recht den Preußen gebühren“ zwecks „Hebung von deren Macht“, bezüglich deren sich Herr v. Koscielski heute schon hat überzeugen können, daß sie in den Händen der Preußen stets verwendet werden wird, um jedweden Keim von Edelstinn zu unterdrücken. Also auch von dem angeblich hochpoetischen Standpunkt des Herrn von Koscielski aus thut letzterer unrecht, indem er damit die Nothwendigkeit, für die Marine und die Hebung der Macht Preußens einzutreten, begründen will.

